



HESSISCHER LANDTAG

15. 09. 2015

Gesetzentwurf

der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

für ein Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm und zur Änderung von Rechtsvorschriften

A. Problem

Zwar entwickelten sich die Ausgaben der Kommunen für Bautätigkeiten durch das Hessische Sonderinvestitionsprogramm sowie das Zukunftsinvestitionsprogramm in den Jahren 2009 bis 2011 zunächst positiv und diese Wirkung dauerte auch im Jahr 2012 noch an. Seit 2013 sind die Ausgaben der Kommunen für Bautätigkeiten aber wieder rückläufig und haben im Jahr 2014 teilweise erneut einen Einbruch erlebt, sodass diese zum Teil unter den Werten des Jahres 2008 liegen. Gerade finanzschwachen Kommunen fällt die Finanzierung von Investitionen häufig nicht leicht, wodurch eine Verfestigung von regionalen Disparitäten zu befürchten ist. Bei einigen, insbesondere finanzschwachen, Kommunen konnte selbst durch die Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes der Jahre 2009 bis 2011 der zuvor vorhandene Investitionsstau nicht vollständig abgebaut werden. Aber nicht nur von finanz- und strukturschwachen Kommunen werden Investitions- und Instandhaltungsstaus beklagt. So liegen die hessischen Kommunen insgesamt mit dem Investitionsbetrag je Einwohner im Jahr 2013 unterhalb des Durchschnitts der Flächenländer und das Investitionsniveau pro Einwohner hat den niedrigsten Wert seit 2004 erreicht. Mit einem zusätzlichen Landesprogramm sollen alle hessischen Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Infrastruktur in dem zur dauerhaften Aufgabenerfüllung erforderlichen Umfang instand zu halten, zu sanieren, aus- oder zurückzubauen.

Zudem soll der bei einigen hessischen Krankenhäusern bestehende Investitionsstau abgebaut werden.

Die hessischen Kommunen belastet derzeit die Aufnahme von Flüchtlingen organisatorisch, personell und finanziell stark. Die Bereitschaft der hessischen Kommunen zur Aufnahme soll von Landesseite durch die Förderung der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen unterstützt werden. Zudem haben die Fraktionen erkannt, dass sich in den Kommunen, auf deren Gebiet ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, ein höherer Investitionsbedarf durch die zusätzlichen Herausforderungen vor Ort ergeben kann.

B. Lösung

Umsetzung des Kommunalen Investitionsprogramms (KIP).

Das Investitionsprogramm des Landes, welches das Kommunalinvestitionsförderprogramm des Bundes aufgreift und ergänzt, ist darauf ausgerichtet, die Investitionstätigkeit insbesondere der finanzschwachen Kommunen langfristig und nachhaltig zu fördern und diese bei den notwendigen investiven Weichenstellungen für die Zukunft zu unterstützen. Indem in einem bestimmten Umfang die Anschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter und kleinere Instandhaltungsmaßnahmen gefördert werden, kann es kurzfristig positive Wirkungen entfalten. Zudem können auch bereits veranschlagte und sogar schon im zweiten Halbjahr 2015 begonnene Maßnahmen gefördert werden.

Mit dem Förderschwerpunkt Krankenhausinfrastruktur soll der Investitionsstau im Bereich einiger hessischer Krankenhäuser überwunden werden.

Mit der Förderung der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen stärkt das Land gezielt die positive Bereitschaft der hessischen Kommunen zur Neuaufnahme von Flüchtlingen und entlastet die Haushalte der aufnahmebereiten Kommunen finanziell. Um einem sich durch die zusätzlichen Herausforderungen ergebenden gesteigerten Investitionsbedarf in den Kommunen, auf deren Gebiet ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, Rechnung zu tragen, ist diesen ein zusätzliches Förderkontingent vorbehalten.

C. Befristung

Das KIP (Art. 1) soll bis zum 31. Dezember 2050 befristet werden. Eine kürzere Befristung des Gesetzes ist nicht sinnvoll, da die Darlehen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank) im Rahmen des KIP eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren haben und die Leistungen des Landes in diesem Zusammenhang (anteilige Tilgung der Darlehen sowie teilweise auch Zinsdienst) sich über diesen Zeitraum erstrecken. Auch aufgrund der Rückforderungsmöglichkeit nach Art. 1 § 7 Abs. 2 bedarf es einer Befristung über den gesamten Zeitraum.

D. Alternativen

Die Umsetzung des Kommunalinvestitionsfördergesetzes des Bundes ohne ein ergänzendes Landesprogramm würde nicht alle hessischen Kommunen erreichen. Die Förderfähigkeit von Maßnahmen wäre aufgrund der Bundesvorgaben stark eingeschränkt. Mittel für kleinere Instandhaltungsmaßnahmen und die Anschaffung von geringwertigen Wirtschaftsgütern könnten nicht bewilligt werden. Die Krankenhausinfrastruktur könnte wegen des Erfordernisses der Finanzschwäche der Belegenheitskommune nicht zielgerichtet gefördert werden. Die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen wäre nach den Bundesvorgaben allenfalls in besonderen Ausnahmefällen förderfähig, nicht jedoch wie im Landesprogramm vorgesehen in ganz Hessen. Kommunen, auf deren Gebiet ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, könnten nicht individuell gefördert werden.

E. Finanzielle Mehraufwendungen**1. Auswirkungen auf die Liquiditäts- oder Ergebnisrechnung**

Das Kommunale Investitionsprogramm umfasst ein Gesamtvolumen von insgesamt 1.027.504.500 Euro. Davon entfallen 317.138.500 Euro auf weitergeleitete Bundesmittel, die den Landeshaushalt nicht belasten. Die übrigen Förderkontingente sollen im Rahmen eines Darlehensprogramms über die WIBank zur Verfügung gestellt werden.

35.366.000 Euro beträgt die Komplementärfinanzierung des Bundesprogramms. Aus dem Landeshaushalt wird der anfallende Zinsaufwand für die Darlehenslaufzeit von 10 Jahren getragen, sodass mit einer Belastung des Haushalts in Höhe von 5,84 Millionen Euro über die gesamte Laufzeit der Finanzierung zu rechnen ist.

Die jährliche Belastung des Landeshaushalts aus dem Landesinvestitionsprogramm für Kommunen und Krankenhausträger beträgt für die anteilige Tilgung der Darlehen bis zu 11,55 Millionen Euro. Hinzu kommen die Zinsen bzw. die Zinsdiensthilfen für diese Darlehen (ohne Landesausgleichsstock), die den Landeshaushalt voraussichtlich mit bis zu rund 12,55 Millionen Euro jährlich belasten werden.

Für die Übernahme der Zinsen für Darlehen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und Wohnungen zur Unterbringung von Flüchtlingen wird das Land für die Dauer von zehn Jahren voraussichtlich bis zu 6,41 Millionen Euro pro Jahr aufwenden müssen.

Durch diese Programme entsteht in der Liquiditätsrechnung des Landes 2015 und 2016 kein Mehrbedarf, die Zahlungen des Landes fallen ab 2017 an (siehe Nr. 3, Berücksichtigung in der mehrjährigen Finanzplanung).

Die Ergebnisrechnung des Landes wird aufgrund des Gesetzes mit einem Verlust in Höhe von bis zu 547 Millionen Euro belastet (siehe Nr. 2, Auswirkungen auf die Vermögensrechnung).

2. Auswirkungen auf die Vermögensrechnung

Es entsteht eine Verpflichtung zur Passivierung einer Rückstellung in Höhe von bis zu 547 Millionen Euro (berechnet auf Basis eines fiktiven Zinssatzes von 3 %, der Zinsdiensthilfe von 1 % sowie den Tilgungsleistungen des Landes über die 30 jährige Laufzeit der WIBank-Darlehen), die in der Vermögensrechnung des Landes den nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag entsprechend erhöhen wird.

3. Berücksichtigung in der mehrjährigen Finanzplanung

Das KIP ist in der mittelfristigen Finanzplanung bisher nicht berücksichtigt. Das KIP wirkt sich - unter Verwendung der vorstehenden Annahmen - auf die mittelfristige Finanzplanung wie folgt aus:

| Haushaltsjahr | Betrag |
|---------------|----------------|
| 2017 | 12,8 Mio. Euro |
| 2018 | 20,9 Mio. Euro |
| 2019 | 27,1 Mio. Euro |
| Summe | 60,8 Mio. Euro |

4. Auswirkungen für hessische Gemeinden und Gemeindeverbände

Die Weiterleitung der Bundeszuschüsse, die in dem Darlehensprogramm vorgesehene spätere anteilige Übernahme der Tilgungsleistungen sowie die Übernahme der Zinsen und ab dem elften Jahr der Refinanzierung die Zinsdiensthilfen entlasten die Zuwendungsempfänger bei der Finanzierung der geförderten Investitionen deutlich. Andererseits kann es in Einzelfällen temporär insbesondere zu einer nicht bezifferbaren Erhöhung des Personalaufwandes infolge der Umsetzung des KIP kommen, da Personalkosten in dem Programm nicht förderfähig sind.

F. Unmittelbare oder mittelbare Auswirkungen auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern

Keine.

G. Besondere Auswirkungen auf behinderte Menschen

Die Umsetzung des Gesetzes dient in einem Förderbereich des Bundes explizit dazu, Barrieren für Menschen mit Behinderung abzubauen.

Der Landtag wolle das folgende Gesetz beschließen:

**Gesetz
zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und
Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm
und zur Änderung von Rechtsvorschriften**

Vom

**Artikel 1
Gesetz zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und
Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm
(Kommunalinvestitionsprogrammgesetz - KIPG)**

**§ 1
Fördervolumen, Finanzierung und Verteilung der Mittel**

(1) Zur Stärkung der Investitionstätigkeit gewährt das Land im Rahmen des Hessischen Kommunalinvestitionsprogramms den in der Anlage aufgeführten Gemeinden und Landkreisen (Kommunen) auf Antrag eine Investitionsförderung bis zur Höhe der dort genannten Beträge (Kontingente). Kommunen, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, wird eine zusätzliche Investitionsförderung gewährt. Darüber hinaus werden Investitionen der Kommunen zur Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen gefördert (Programmteil Wohnraum). Zudem gewährt das Land zur strukturellen Verbesserung der Krankenhausinfrastruktur ausgewählten Krankenhausträgern für prioritäre Maßnahmen eine Investitionsförderung.

(2) Das Hessische Kommunalinvestitionsprogramm umfasst ein Fördervolumen von bis zu 1 027 504 500 Euro. Es wird finanziert durch die vom Bund nach § 2 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes vom 24. Juni 2015 (BGBl. I S. 974, 975) dem Land Hessen zur Verfügung gestellten Finanzhilfen in Höhe von 317 138 500 Euro (Bundeszuschuss) sowie durch Darlehen der Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WIBank).

(3) Die Darlehen werden den in der Anlage aufgeführten Kommunen in Höhe von 35 366 000 Euro als Komplementärfinanzierung im Sinne des § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm) und in Höhe von 370 000 000 Euro für zusätzliche Maßnahmen zur Verfügung gestellt (Programmteil Kommunale Infrastruktur); davon ist ein Kontingent von 25 000 000 Euro für Investitionen von Kommunen, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, vorbehalten. Weitere Darlehen in Höhe von 230 000 000 Euro sind für Maßnahmen nach Abs. 1 Satz 3 im Programmteil Wohnraum und in Höhe von 75 000 000 Euro für Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur (Programmteil Krankenhäuser) vorgesehen.

(4) Der Bundeszuschuss wird nach Maßgabe dieses Gesetzes, des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes, der Verwaltungsvereinbarung nach § 9 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes sowie einer Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen gewährt. Die Darlehen werden nach Maßgabe dieses Gesetzes sowie der Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen vergeben. Abweichend von Satz 2 ist bei Darlehen für Investitionen in dem Programmteil Wohnraum die Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie in dem Programmteil Krankenhäuser die Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration maßgebend.

**§ 2
Darlehensprogramm der WIBank**

(1) Das Darlehensprogramm nach § 1 Abs. 2 Satz 2 umfasst ein Volumen von bis zu 710 366 000 Euro und eine Laufzeit von bis zu 30 Jahren. Das Land bedient sich zur Finanzierung und Umsetzung des Programms der WIBank. Die für die Finanzen zuständige Ministerin oder der hierfür zuständige Minister wird ermächtigt, mit der WIBank eine Vereinbarung über die Abwicklung des Hessischen Kommunalinvestitionsprogramms zu schließen, die auch die Finanzhilfen des Bundes nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz umfasst.

(2) Die nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes erforderliche Komplementärfinanzierung kann auf Antrag der Kommune durch ein Darlehen der WIBank mit einer Laufzeit von zehn Jahren sichergestellt werden (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm). Darlehensgeberin ist die WIBank, Darlehensnehmerin ist die Kommune. Die Darlehenstilgung obliegt der Kommune. Die Darlehenszinsen trägt das Land.

(3) Auf Antrag werden den Kommunen und Krankenhausträgern Darlehen für Investitionen mit einer Laufzeit von bis zu 30 Jahren zur Verfügung gestellt (Programmteile Kommunale Infrastruktur und Krankenhäuser). Die Tilgung der Darlehen erfolgt im Programmteil Kommunale Infrastruktur zu vier Fünfteln durch das Land und zu einem Fünftel durch die Kommunen und im Programmteil Krankenhäuser zu zwei Dritteln durch das Land und zu einem Drittel durch die Krankenhausträger. Die Darlehenszinsen für die ersten zehn Jahre der Finanzierung trägt das Land. Ab dem elften Jahr tragen die Kommunen oder die Krankenhausträger die Zinsen. Vom elften bis zwanzigsten Jahr gewährt das Land den Kommunen oder den Krankenhausträgern auf Antrag eine Zinsdiensthilfe in Höhe von einem Prozentpunkt. Bei einem Zinssatz von weniger als einem Prozent ist die Zinsdiensthilfe auf den tatsächlichen Zinssatz begrenzt. Für die Finanzierung vom elften bis zwanzigsten Jahr kann den Kommunen eine zusätzliche Zinsdiensthilfe aus dem Landesausgleichstock nach § 58 Abs. 4 des Finanzausgleichgesetzes vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes], in Höhe von einem weiteren Prozentpunkt gewährt werden. Satz 6 gilt entsprechend.

§ 3

Darlehen für Investitionen im Programmteil Wohnraum

Die Laufzeit der Darlehen im Programmteil Wohnraum beträgt bis zu 30 Jahre. Darlehensgeberin ist die WIBank, Darlehensnehmer ist die Kommune oder der kommunalersetzenende Maßnahmenträger. Die Darlehenstilgung obliegt der Kommune oder dem kommunalersetzenenden Maßnahmenträger. Die Darlehenszinsen für die ersten zehn Jahre der Finanzierung trägt das Land. Ab dem elften Jahr trägt die Kommune oder der kommunalersetzenende Maßnahmenträger die Zinsen.

§ 4

Fördervoraussetzungen

(1) Die Finanzhilfen des Bundes sind für Investitionen nach § 3 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes zu verwenden; dasselbe gilt für die Darlehen nach § 1 Abs. 3 Satz 1 im Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm.

(2) Darlehen für zusätzliche Maßnahmen nach § 1 Abs. 3 Satz 1 im Programmteil Kommunale Infrastruktur sind in folgenden Bereichen zu verwenden:

- a) Investitionen in Ganztagschulen (Pakt für den Nachmittag),
- b) sonstige Bildungsinfrastrukturinvestitionen,
- c) Verbesserung der Mobilität (insbesondere Instandhaltung und Sanierung von Straßen und Fußgängerwegen, Neuerrichtung, Instandhaltung und Sanierung von Radwegen, Verbesserungen im öffentlichen Personennahverkehr, Elektromobilität, Herstellung der Barrierefreiheit),
- d) Breitbandausbau in der Informationstechnologie,
- e) sonstige kommunale Infrastrukturinvestitionen.

Bis zu 20 Prozent der Darlehen im Programmteil Kommunale Infrastruktur können für kleinere Instandhaltungsmaßnahmen und Anschaffungen in Anspruch genommen werden (Pauschalmittel).

(3) Einrichtungen, die durch Gebühren oder Beiträge vollständig zu finanzieren sind, werden nicht gefördert.

(4) Darlehen für Maßnahmen nach § 1 Abs. 3 Satz 2 im Programmteil Wohnraum sind zur Schaffung, einschließlich der Modernisierung, von bezahlbarem Wohnraum und von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen, im Programmteil Krankenhäuser für Investitionen in die Krankenhausinfrastruktur zu verwenden.

(5) Die Maßnahmen müssen nach dem 30. Juni 2015 begonnen werden. Maßnahmen, die aus dem Bundesprogramm finanziert werden, müssen bis zum 31. Dezember 2018 vollständig abgenommen und im Jahr 2019 vollständig abgerechnet sein. Maßnahmen, die aus dem Landesprogramm finanziert werden, müssen bis zum 30. Juni 2019 vollständig abgenommen sein. Dies gilt nicht für den Programmteil Wohnraum, in dem nur der Maßnahmenbeginn bis zum 31. Dezember 2018 erfolgen muss.

(6) Die Förderung erfolgt trägerneutral. Finanzierungsanteile Dritter mindern die förderfähigen Kosten.

(7) Eine Kombination der Investitionsförderung aus dem Bundes- oder Landesprogramm mit anderen Förderprogrammen des Landes, des Bundes oder der Europäischen Union ist nicht zulässig. Dies gilt nicht für den Programmteil Wohnraum. § 4 des Kommunalinvestitionsförde-

rungsgesetzes und § 24 Abs. 1 Satz 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 vom 21. Dezember 2010 (GVBl. I S. 587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), bleiben unberührt.

§ 5

Bewilligungsverfahren

(1) Bewilligungsstelle für Darlehen im Programmteil Krankenhäuser ist das für Soziales zuständige Ministerium, für Darlehen im Programmteil Wohnraum das für das Wohnungswesen zuständige Ministerium, im Übrigen das für Finanzen zuständige Ministerium. Die Bewilligungsstelle kann ihre Befugnisse auf Dritte übertragen.

(2) Antragssteller sind die Kommunen, im Programmteil Wohnraum zusätzlich die kommunal ersetzenden Maßnahmenträger und im Programmteil Krankenhäuser die Krankenhausträger.

(3) Anträge auf Investitionsförderung sind bei der Bewilligungsstelle in schriftlicher und elektronischer Form bis zum 30. Juni 2016 nach einem vorgegebenen Muster zu stellen. Form und Frist gelten nicht für den Programmteil Wohnraum. Die Bewilligungsstelle teilt den Antragstellern mit, wenn Bedenken gegen die Förderung einer Maßnahme bestehen. Die Antragsteller sind für die Einhaltung der Fördervoraussetzungen verantwortlich.

(4) Ein Rechtsanspruch auf Gewährung einer Zuwendung oder Abschluss eines Darlehens für eine bestimmte Maßnahme besteht nicht. Die Bewilligungsstelle entscheidet nach pflichtgemäßem Ermessen und auf Grundlage der in der Anlage festgelegten Kontingente.

§ 6

Verwendungsnachweis

Die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel ist für jede Maßnahme durch die Kommune, den kommunal ersetzenden Maßnahmenträger oder den Krankenhausträger innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss der Maßnahme nachzuweisen. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien. Die Frist gilt nicht für den Programmteil Wohnraum. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien.

§ 7

Rückforderung und erneute Bereitstellung von Fördermitteln

(1) Fördermittel, die von einer Kommune nicht in Anspruch genommen werden, können abweichend von der in der Anlage geregelten Verteilung durch die Bewilligungsstelle neu bereitgestellt werden.

(2) Soweit bei einer Maßnahme Fördermittel nicht zweckentsprechend verwendet worden sind, werden die Finanzhilfen des Bundes und die Darlehen zurückgefordert. Dasselbe gilt bei Überschreiten der Förderquote des Bundes nach § 6 Abs. 1 Satz 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes in Höhe von 90 Prozent der förderfähigen Kosten bezogen auf die einzelne Maßnahme. Zurückgezahlte Fördermittel können für andere im jeweiligen Kontingent förderfähige Maßnahmen erneut angefordert und verwendet werden.

(3) Zurückzahlende Fördermittel sind zu verzinsen. Der Zinssatz bestimmt sich nach dem jeweiligen Darlehenszinssatz der WIBank. Abweichend hiervon gilt hinsichtlich zurückzahlender Bundeszuschüsse der Zinssatz für Kredite des Bundes zur Deckung von Ausgaben, den das Bundesministerium der Finanzen jeweils durch Rundschreiben an die obersten Bundesbehörden bekannt gibt; er beträgt jedoch mindestens 0,1 Prozent jährlich. Die weiteren Kosten trägt die Kommune oder der Krankenhausträger.

§ 8

Berichts- und Nachweispflichten

Die Kommunen, die kommunal ersetzenden Maßnahmenträger und Krankenhausträger haben über die geförderten Investitionsvorhaben sowie über die abgeschlossenen Maßnahmen zu berichten. Das Nähere regeln die Förderrichtlinien.

§ 9

Anwendbarkeit von Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes

§ 41 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 29. Mai 2007 (GVBl. I S. 310), aufgehoben durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), findet in den Programmteilen Krankenhäuser und Wohnraum keine Anwendung; dasselbe gilt im Programmteil Kommunale Infrastruktur bei der Verteilung des Kontingents, das für Investitionen von Kommunen vorbehalten ist, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird.

§ 10**Anwendbarkeit von Vorschriften der Hessischen Gemeindeordnung**

(1) Abweichend von § 103 Abs. 1 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 142), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. März 2015 (GVBl. S. 158, 188), dürfen auch Erhaltungsmaßnahmen und Anschaffungen unabhängig von der Höhe der Kosten mit Darlehen aufgrund dieses Gesetzes finanziert und wie Investitionen im Finanzhaushalt gebucht werden. Abweichend von den allgemeinen Abschreibungsregeln können Investitionen, die im Programmteil Kommunale Infrastruktur finanziert werden, über die Laufzeit der Darlehen abgeschrieben werden.

(2) Die Kreditaufnahmen der Kommunen im Rahmen dieses Gesetzes gelten nach § 94 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 Buchst. b der Hessischen Gemeindeordnung in der Haushaltssatzung als festgesetzt und nach § 103 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Gemeindeordnung als genehmigt.

§ 11**Prüfungsrechte der Rechnungshöfe**

Die Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes, des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften - und des Bundesrechnungshofes bleiben unberührt.

§ 12**Inkrafttreten, Außerkrafttreten**

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Es tritt mit Ablauf des 31. Dezember 2050 außer Kraft.

Artikel 2**Änderung des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes**

§ 9 des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes vom ... [einfügen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*] wird wie folgt gefasst:

"§ 9**Anwendbarkeit von Vorschriften des Finanzausgleichsgesetzes**

§ 56 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298) findet in den Programmteilen Krankenhäuser und Wohnraum keine Anwendung; dasselbe gilt im Programmteil Kommunale Infrastruktur bei der Verteilung des Kontingents, das für Investitionen von Kommunen vorbehalten ist, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird."

Artikel 3¹**Änderung des Finanzausgleichsgesetzes**

Das Finanzausgleichsgesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298) wird wie folgt geändert:

1. In § 13 Abs. 2 Nr. 1 werden nach der Angabe "(GVBl. I S. 92)" ein Komma und die Angabe "zuletzt geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]" eingefügt.
2. In § 51 Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe "§ 37" durch "§ 31" und die Angabe "1. Juli 2014 (GVBl. S. 154)" durch "... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]" ersetzt.
3. In § 52 Satz 1 wird die Angabe "28. März 2015 (GVBl. S. 158)" durch "... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]" ersetzt.
4. In § 53 Abs. 1 wird die Angabe " 28. März 2015 (GVBl. S. 158)" durch "... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]" ersetzt.
5. § 58 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach der Angabe "(GVBl. S. 128)" werden ein Komma und die Angabe "zuletzt geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]," eingefügt.

¹ Ändert FFN 41-16

b) Folgender Satz wird angefügt:

"Des Weiteren können Zuweisungen für Zinsdiensthilfen nach Maßgabe des § 2 Abs. 3 Satz 7 und 8 des Kommunalinvestitionsprogrammgesetzes ... [einfügen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*] gewährt werden."

6. In § 62 Abs. 2 wird die Angabe "Verordnung vom 16. März 2015 (GVBl. S. 143)" durch "Gesetz vom ... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]" ersetzt.

Artikel 4²

Änderung des Gesetzes über den Landeswohlfahrtsverband Hessen

In § 14 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Landeswohlfahrtsverband Hessen vom 7. Mai 1953 (GVBl. S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe "(GVBl. S. 298)" ein Komma und die Angabe "geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]," eingefügt.

Artikel 5³

Änderung des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main

In § 18 Satz 1 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main vom 8. März 2011 (GVBl. I S. 153), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe "(GVBl. S. 298)" ein Komma und die Angabe "geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]" eingefügt.

Artikel 6⁴

Änderung der Hessischen Landkreisordnung

In § 53 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Landkreisordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBl. I S. 183), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe "(GVBl. S. 298)" ein Komma und die Angabe "geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]" eingefügt.

Artikel 7⁵

Änderung des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011

In § 31 Satz 1 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 vom 21. Dezember 2010 (GVBl. I S. 587), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), wird die Angabe "§ 38 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 29. Mai 2007 (GVBl. I S. 310), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juni 2013 (GVBl. S. 446)" durch "§ 51 des Finanzausgleichsgesetzes vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]" ersetzt.

Artikel 8⁶

Änderung der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz

Die Hessische Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz vom 11. März 1998 (GVBl. I S. 87, 204), zuletzt geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 werden nach der Angabe "(GVBl. S. 298)" ein Komma und die Angabe "geändert durch Gesetz vom ... [einsetzen: *Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]," eingefügt.
2. In § 3 Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe "§ 46a" durch "§ 62" ersetzt.

² Ändert FFN 300-5

³ Ändert FFN 330-48

⁴ Ändert FFN 332-1

⁵ Ändert FFN 351-84

⁶ Ändert FFN 41-22

Artikel 9⁷
Änderung des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes

In § 7 des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes vom 9. März 2009 (GVBl. I S. 92), geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe "(GVBl. S. 298)" ein Komma und die Angabe "geändert durch Gesetz vom ... [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]," eingefügt.

Artikel 10⁸
Änderung des Schutzschirmgesetzes

In § 1 Abs. 4 Satz 1 des Schutzschirmgesetzes vom 14. Mai 2012 (GVBl. S. 128), geändert durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), werden nach der Angabe "§ 58 Abs. 4" die Angabe "Satz 1" und nach der Angabe "(GVBl. S. 298)" ein Komma und die Angabe "geändert durch Gesetz vom ... [*einsetzen: Ausfertigungsdatum und Fundstelle dieses Gesetzes*]," eingefügt.

Artikel 11
Zuständigkeitsvorbehalt

Soweit durch Art. 8 dieses Gesetzes eine Rechtsverordnung geändert wird, bleibt die Befugnis der zuständigen Stelle, die Verordnung künftig zu ändern oder aufzuheben, unberührt.

Artikel 12
Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft. Abweichend von Satz 1 treten die Artikel 2 bis 11 am 1. Januar 2016 in Kraft.

⁷ Ändert FFN 41-39

⁸ Ändert FFN 41-40

Begründung

Allgemeines

Zwar entwickelten sich die Ausgaben der Kommunen für Bautätigkeiten durch das Hessische Sonderinvestitionsprogramm sowie das Zukunftsinvestitionsprogramm des Bundes in den Jahren 2009 bis 2011 zunächst positiv und diese Wirkung dauerte auch im Jahr 2012 noch an. Seit 2013 sind die Ausgaben der Kommunen für Bautätigkeiten aber wieder rückläufig und haben im Jahr 2014 teilweise erneut einen Einbruch erlebt, sodass diese zum Teil unter den Werten des Jahres 2008 liegen (vgl. Hessische Gemeindestatistik des Hessischen Statistischen Landesamts - HSL - der Jahre 2008 bis 2014, Bauausgaben). Gerade finanzschwachen Kommunen fällt die Finanzierung von Investitionen häufig nicht leicht, wodurch eine Verfestigung von regionalen Disparitäten zu befürchten ist. Bei einigen, insbesondere finanzschwachen Kommunen konnte selbst durch die Konjunkturprogramme des Landes und des Bundes der Jahre 2009 bis 2011 der zuvor vorhandene Investitionsstau nicht vollständig abgebaut werden.

Der Bund hat mit dem "Gesetz zur Förderung finanzschwacher Kommunen" (Kommunalinvestitionsförderungsgesetz - KInvFG) auf Bundesebene die Förderung der Investitionstätigkeit finanzschwacher Kommunen in den Blickpunkt genommen. Von dem gebildeten Sondervermögen des Bundes in Höhe von 3,5 Milliarden Euro entfällt auf das Land Hessen ein Anteil von 317.138.500 Euro.

Die Förderbereiche des KInvFG sind insbesondere vor dem Hintergrund der grundgesetzlich normierten Gesetzgebungskompetenz des Bundes bestimmt. Zudem ist das Bundesprogramm auf finanzschwache Kommunen beschränkt.

Mit der Neuauflage eines zusätzlichen Landesprogramms in bemerkenswertem Umfang geht Hessen im Hinblick auf die Förderbarkeit von Maßnahmen und den Kreis der Antragsberechtigten deutlich über das Bundesprogramm hinaus. Denn nicht nur von finanz- und strukturschwachen Kommunen werden Investitions- und Instandhaltungsstaus beklagt. Der Hessische Städtetag nannte in seiner schriftlichen Stellungnahme zum Gesetzesentwurf des Gesetzes zur Neuregelung der Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen (Ausschussvorlage HHA/19/10 vom 8. Juni 2015, S. 34) den Investitionsstau ebenfalls als eine der großen Sorgen seiner Mitglieder. So liegen die hessischen Kommunen insgesamt mit dem Investitionsbetrag je Einwohner im Jahr 2013 unterhalb des Durchschnitts der Flächenländer und das Investitionsniveau pro Einwohner hat den niedrigsten Wert seit 2004 erreicht (vgl. Kommunalbericht 2014 des Präsidenten des hessischen Rechnungshofes - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften, Sechszwanzigster Zusammenfassender Bericht, S. 34 f.) Mit einem zusätzlichen Landesprogramm sollen alle hessischen Kommunen in die Lage versetzt werden, ihre Infrastruktur in dem zur dauerhaften Aufgabenerfüllung erforderlichen Umfang instand zu halten, zu sanieren, aus- oder zurückzubauen (Programmteil Kommunale Infrastruktur im Landesprogramm). Eine besondere Förderung im Rahmen des Programmteils kommunale Infrastruktur erhalten Kommunen, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, da sich durch die zusätzlichen Herausforderungen vor Ort ein höherer Investitionsbedarf ergeben kann. Die Förderbereiche, die im Bundesprogramm stark eingeschränkt sind, oder Bereiche, die durch dieses nicht abgedeckt werden, sollen ergänzend durch das Landesprogramm gefördert und sinnvoll mit dem Bundesprogramm verzahnt werden, um so den hessischen Kommunen mehr Flexibilität bei der Planung und Auswahl der Maßnahmen zu geben. Zudem verstärken die Erhöhung der Förderkontingente und das Angebot der Komplementärfinanzierung des Eigenanteils im Rahmen des Bundesprogramms die beabsichtigte Wirkung - die Beseitigung des Investitions- und Instandhaltungsstaus bei finanzschwachen Kommunen - deutlich.

Dass ein weit ausgestaltetes Landesprogramm die Kommunen auch bei der Einhaltung der zum Teil sehr eng gefassten Bundeförderbereiche unterstützen kann und sich beide Programme sinnvoll ergänzen, zeigen die folgenden Beispiele:

Die Bundesförderung für die energetische Sanierung der Schul- oder sonstigen Infrastruktur muss auf diesen Aspekt beschränkt bleiben, wie z.B. bei der Anbringung eines Wärmedämmverbundsystems. Eine zusätzliche Funktionsverbesserung z.B. durch eine Veränderung der Raumaufteilung, Schaffung der Barrierefreiheit, eine Brandschutz- oder grundsätzliche Sanierung des Gebäudes ist im Bundesprogramm nicht förderfähig. Hier setzt das Landesprogramm an und ermöglicht den Kommunen eine sinnvolle Ergänzung energetischer Sanierungsmaßnahmen um weitere Komponenten, die in getrennten Bauabschnitten umgesetzt und abgerechnet werden können.

Auch im Förderbereich Lärmbekämpfung (insbesondere bei Straßen, ohne Schutz vor verhaltensbezogenem Lärm) ist es für die Kommunen vorteilhaft, wenn sie nicht nur die im Bundesprogramm geförderte Lärmschutzmaßnahme wie z.B. die Errichtung einer Lärmschutzwand oder das Aufbringen von Flüsterasphalt umsetzen, sondern auch die Instandhaltung oder Neugestaltung der Fuß- und Radwege, die Umgestaltung einer Ampelkreuzung in einen Verkehrskreislauf oder die Sanierung eines Brückenbauwerks oder einer Mauer mit erledigen können. Die Abrechnung erfolgt nach den einzelnen Programmen getrennt.

Mit den Förderschwerpunkten "Krankenhausinfrastruktur" (Programmteil Krankenhäuser) und "Schaffung von bezahlbarem Wohnraum und von Unterkünften zur Unterbringung von Flüchtlingen" (Programmteil Wohnraum) greift das Land zudem zwei Förderbereiche auf, die im Rahmen des Bundesprogramms nicht sinnvoll oder überhaupt nicht umsetzbar sind; denn im Landesprogramm wird die Antragsberechtigung nicht auf finanzschwache Kommunen beschränkt. Der Programmteil Wohnraum soll auch alternative Wohnformen fördern, wie z.B. die Errichtung von Wohnungen für Studenten, kinderreiche Familien und die Unterbringung unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge. Der Programmteil dient zudem der Unterstützung von Haushalten, die sich am Markt nicht angemessen mit Wohnraum versorgen können.

Das Landesprogramm ist darauf ausgerichtet, die Investitionstätigkeit der Kommunen und Krankenhausträger langfristig und nachhaltig zu fördern und diese bei den notwendigen investiven Weichenstellungen für die Zukunft zu unterstützen. Indem in einem bestimmten Umfang die Anschaffung geringwertiger Wirtschaftsgüter und kleinere Instandhaltungsmaßnahmen der Kommunen gefördert werden, kann es schon kurzfristig positive Wirkungen entfalten. Zudem können auch bereits veranschlagte und sogar schon im zweiten Halbjahr 2015 begonnene Maßnahmen gefördert werden.

Schließlich dient der Gesetzesentwurf der Umsetzung des Bundesprogramms nach dem KInvFG in Hessen; er regelt die vollständige pauschale Weiterleitung der Mittel an die finanzschwachen Kommunen und schafft die rechtlichen Voraussetzungen. Mit nur 10 Prozent Eigenanteil greift das Land für diese Kommunen den nach dem Bundesprogramm günstigsten Verteilungsmaßstab auf.

Zu den Vorschriften im Einzelnen

Zu Art. 1

Zu § 1

Das Gesamtfördervolumen nach diesem Gesetz beträgt 1.027.504.500 Euro. Ausgehend von den auf das Land Hessen entfallenden Finanzhilfen des Bundes in Höhe von 317.138.500 Euro sieht das Gesetz mehr als eine Verdoppelung des Fördervolumens für die kommunale Infrastruktur auf 722.504.500 Euro vor. Darin enthalten ist auch die Komplementärfinanzierung im Bundesprogramm. Zusätzlich stehen 75 Millionen Euro für den Programmteil Krankenhäuser und 230 Millionen Euro für den Programmteil Wohnraum zur Verfügung. Damit wird das Fördervolumen des Bundesprogramms durch dieses Gesetz rund verdreifacht.

Die Fördermittel werden grundsätzlich im Wege der Kontingentierung vergeben, mit Ausnahme des Programmteils Wohnraum. Die Finanzhilfen des Bundes werden vollständig an die Kommunen weitergeleitet.

Die Vorschrift sieht in Abs. 1 die Benennung der antragsberechtigten Kommunen sowie die Aufteilung der Förderkontingente aus beiden Programmen vor. Antragsberechtigt im Bundesprogramm sind die finanzschwachen Kommunen. Die Finanzschwäche ermittelt sich anhand eines dreistufigen Verfahrens unter Berücksichtigung einer unterdurchschnittlichen Steuereinnahmekraft, überdurchschnittlicher Arbeitslosenzahlen nach § 16 Sozialgesetzbuch Drittes Buch (SGB III) sowie eines Ausschlusses der Kommunen, die innerhalb eines Dreijahreszeitraums der Jahre 2012 bis 2014 in allen drei Jahren abundant waren. Für die beiden zuerst genannten Kriterien werden zum besseren Vergleich der Kommunen untereinander sieben kommunale Gruppen gebildet (analog der Gruppen im Rahmen der Neuordnung des kommunalen Finanzausgleichs - KFA 2016). Zum Ausgleich etwaiger singulärer Effekte wird ein Dreijahreszeitraum der Jahre 2011 bis 2013 den Berechnungen zugrunde gelegt. Dabei werden die Werte pro Einwohner betrachtet (ebenfalls ausgehend von der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Jahre 2011 bis 2013).

Um anhand der Steuereinnahmekraft als finanzschwach zu gelten, muss die Steuereinnahmekraft der Kommune (bei den Landkreisen die diesen zugerechnete Steuereinnahmekraft der kreisangehörigen Gemeinden) um 10 Prozent hinter der durchschnittlichen Steuereinnahmekraft aller Kommunen derselben Gruppe zurückbleiben. Für Gemeinden unter 7.500 Einwohnern liegt der anzuwendende Prozentsatz aufgrund der geringeren Verwaltungskraft (vgl. Kommunalbericht 2013 des Präsidenten des hessischen Rechnungshofes - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften, Fünfundzwanzigster Zusammenfassender Bericht, S. 66 und 74 ff.) dieser Kommunen bei nur 5 Prozent. Unter Anwendung dieses Kriteriums ergeben sich für Hessen 244 Kommunen, die als finanzschwach im Sinne des § 1 Satz 1 KInvFG gelten.

Mit dem zweiten Kriterium, den registrierten Arbeitslosen nach § 16 SGB III, wird dasselbe Kriterium herangezogen, das auch der Bund bei der Verteilung der Fördermittel des Kommunalinvestitionsförderungsfonds auf die Länder berücksichtigt hat. Dieses Kriterium wird bei den Kommunen angewandt, die unter Anwendung des ersten Kriteriums der Steuereinnahmekraft nicht als finanzschwach einzustufen sind. Hierzu wird die Anzahl an registrierten Arbeitslosen pro Kommune je 1.000 Einwohner innerhalb eines Dreijahreszeitraums berechnet und aus dieser ein Durchschnittswert für die jeweilige Gruppe gebildet (den Landkreisen werden die Arbeitslosenzahlen ihrer kreisangehörigen Gemeinden zugerechnet). Als überdurchschnittliche Belastung für die Kommune gilt ein Überschreiten dieses Durchschnittswerts der jeweiligen Gruppe um

mindestens 20 Prozent. In diesem Fall ist das Kriterium erfüllt und die Kommune wird - ohne das erste Kriterium zu erfüllen - als finanzschwach qualifiziert. Unter Anwendung dieses Kriteriums gelten fünf weitere Kommunen als finanzschwach im Sinne des § 1 Satz 1 KInvFG.

Bei der Anwendung des additiven sozioökonomischen Kriteriums sind in einem weiteren Schritt die Kommunen auf eine ggf. bestehende Abundanz im Dreijahreszeitraum 2012 bis 2014 zu untersuchen. Eine Gemeinde, die in jedem Jahr des Dreijahreszeitraums abundant war, kann nicht als finanzschwach bezeichnet werden, da sie durch ihre weit überdurchschnittliche Finanzkraft ausreichende Mittel zur Verfügung hat, um ihre Belastungen zu tragen. Durch dieses Negativkriterium entfällt die Antragsberechtigung für eine Kommune.

Die Verteilung der Förderkontingente des Bundesprogramms erfolgt sodann unter den antragsberechtigten Kommunen nach gewichteten Einwohnern unter Berücksichtigung der jeweiligen Steuereinnahmekraft (unter doppelter Gewichtung der Einwohner der kreisfreien Städte). Ausgangspunkt für die Einwohnergewichtung ist eine Steuereinnahmekraft von 90 Prozent der durchschnittlichen Steuereinnahmekraft der jeweiligen kommunalen Gruppe für die Jahre 2011 bis 2013. Liegt die Steuereinnahmekraft der Kommune unter diesem Wert, werden ihre Einwohner (Durchschnitt der Einwohnerzahlen der Jahre 2011 bis 2013) prozentual höher gewichtet. Spiegelbildlich werden die Einwohner entsprechend niedriger gewichtet, wenn ihre durchschnittliche Steuereinnahmekraft die 90-Prozent-Schwelle überschreitet. Dies ist in der Gruppe der Gemeinden unter 7.500 Einwohnern möglich und bei einer Antragsberechtigung aufgrund des sozioökonomischen Kriteriums der Fall.

Ebenso verteilen sich die Kontingente zur Komplementärfinanzierung des Bundesprogramms (Programmteil Komplementärfinanzierung Bundesprogramm). Die Komplementärfinanzierung wird auf volle 1.000 Euro aufgerundet.

Im Rahmen des Landesprogramms sind grundsätzlich alle hessischen Kommunen antragsberechtigt; eine Ausnahme stellt der Programmteil Krankenhäuser dar.

Die Verteilung der Förderkontingente in Höhe von 345 Millionen Euro im Programmteil Kommunale Infrastruktur erfolgt zu 50 Prozent nach der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Jahre 2011 bis 2013 (unter doppelter Gewichtung der Einwohner der kreisfreien Städte). Die zweite Hälfte wird zunächst auf die sieben kommunalen Gruppen anhand der durchschnittlichen Einwohnerzahl der Jahre 2011 bis 2013 verteilt (unter doppelter Gewichtung der Einwohner der kreisfreien Städte). Die Berechnung zur Verteilung erfolgt ausgehend von der relativen Steuereinnahmekraft der Kommune im Vergleich zur jeweiligen Gruppe. Die Steuereinnahmekraft der steuerstärksten Kommune einer Gruppe wird mit 100 Prozent gewichtet. Von diesem Wert als Ausgangsbasis wird die relative Steuereinnahmekraft der anderen Kommunen in der Gruppe entsprechend höher gewichtet, wobei die bereits im Rahmen des Bundesprogramms antragsberechtigten Kommunen einen hälftigen Abschlag auf die so ermittelte Steuereinnahmekraft erhalten. Anhand dieses Rechenwertes wird das Kontingent auf die einzelnen Kommunen einer Gruppe verteilt.

Ein eigenes Förderkontingent in Höhe von 25 Millionen Euro steht im Rahmen des Programmteils Kommunale Infrastruktur für die Kommunen zur Verfügung, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird. Dieses zusätzliche Förderkontingent soll bedarfsgerecht unter diesen Kommunen verteilt werden.

Die Vorschrift regelt des Weiteren die Antragsberechtigung der Krankenhausträger. Zur strukturellen Verbesserung der Krankenhauslandschaft ist für diese ein Fördervolumen von 75 Millionen Euro vorgesehen. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat höchst prioritäre Maßnahmen ausgewählt, die mit diesem Fördervolumen umgesetzt werden sollen. Diese Maßnahmen waren bereits für eine Förderung im Rahmen der früheren Bauprogramme angemeldet und konnten wegen der Umstellung auf die Pauschalförderung nicht mehr im Wege der Einzelbewilligung realisiert werden. Bei den vom hessischen Ministerium für Soziales und Integration ausgewählten Maßnahmen handelt es sich entweder um unverzichtbare Notfallstandorte außerhalb der Ballungsräume oder Spezialkliniken mit überregionaler Bedeutung.

Den Antragsberechtigten werden das Landeskontingent sowie die Komplementärfinanzierung im Bundesprogramm im Darlehenswege über die Wirtschafts- und Infrastrukturbank Hessen (WI-Bank) zur Verfügung gestellt.

Abs. 2 regelt die Zusammensetzung des gesamten Fördervolumens und Abs. 3 die betragsmäßige Verteilung des KIP auf die einzelnen Programmteile.

Abs. 4 benennt die gesetzlichen Bestimmungen, die den Programmen zugrunde liegen und nach denen sich die Gewährung der Förderkontingente richtet. Im Rahmen des Bundesprogramms sind die Vorschriften des KInvFG sowie der dazu ergangenen Verwaltungsvereinbarung zu beachten. Die genauen Bedingungen für die Inanspruchnahme des Landesprogramms sowie des Bundesprogramms werden zudem in einer Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums der Finanzen sowie im Programmteil Wohnraum in einer Förderrichtlinie des Hessischen Ministeriums für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und im Programmteil Krankenhäuser in einer Förderrichtlinie des Hessischen Ministerium für Soziales und Integra-

tion geregelt. Bei der Erarbeitung der Förderrichtlinien erfolgt eine Einbindung der kommunalen Spitzenverbände.

Zu § 2

Abs. 1 enthält eine Ermächtigung des Finanzministeriums, die WIBank mit der Finanzierung und Abwicklung der Programme beauftragen zu dürfen.

Nach Abs. 2 erhalten die am Bundesprogramm antragsberechtigten Kommunen die Offerte, an einem Komplementärfinanzierungsdarlehensprogramm der WIBank teilzunehmen. Zudem wird auf diese Weise sichergestellt, dass die antragsberechtigten Kommunen den Eigenanteil erbringen können. Die Zinsen für die Komplementärfinanzierungsdarlehen des Bundesprogramms trägt das Land. Die Darlehenslaufzeit beträgt zehn Jahre.

Nach Abs. 3 beträgt die Darlehenslaufzeit für die übrigen Programmteile 30 Jahre. Darlehensnehmer sind die Antragsberechtigten (Kommunen und Krankenhausträger). Im Programmteil Kommunale Infrastruktur übernimmt das Land zu 80 Prozent die Tilgung der Darlehen aus dem Landeshaushalt; bei den Kommunen verbleiben 20 Prozent der Tilgung. Im Programmteil Krankenhäuser übernimmt das Land 2/3 der Tilgungsleistung, bei den Krankenhausträgern verbleibt 1/3. In den Programmteilen Wohnraum und Komplementärfinanzierung Bundesprogramm erfolgt die Tilgung durch die Darlehensnehmer.

Der Zinsdienst für die Darlehen der Programmteile Kommunale Infrastruktur und Krankenhäuser wird für die ersten zehn Jahre durch den Landeshaushalt übernommen. Ab dem elften Jahr tragen die Kommunen und die Krankenhausträger die Zinsen. Für die Jahre elf bis zwanzig wird den Kommunen und den Krankenhausträgern auf Antrag 1 Prozent Zinszuschuss vom Land bewilligt sowie den Kommunen zusätzlich 1 Prozent Zinszuschuss aus dem Landesausgleichsstock.

Zu § 3

Die Vorschrift regelt die Darlehensinanspruchnahme und Antragsberechtigung im Programmteil Wohnraum. Zusätzlich zu den Kommunen sind in diesem auch kommunalersetzen Maßnahmenträger unmittelbar antragsberechtigt. Hierunter fallen neben kommunalen Wohnungsunternehmen auch Wohnungsunternehmen sowie Dritte, die von der Kommune beauftragt wurden. Den Zinsdienst für die Darlehen in diesem Programmteil trägt das Land für die ersten zehn Jahre. Für die weiteren zwanzig Jahre sind keine Finanzierungshilfen des Landes vorgesehen.

Zu § 4

Die Vorschrift bestimmt die Landesförderbereiche. Vorrangig sollen mit den Kontingenten des Landesprogramms erforderliche Investitionen im pflichtigen Bereich durchgeführt werden. Das Instrument des Pauschalmittelabrufs dient dazu, den bestehenden Instandhaltungsstau schnell und unbürokratisch abzubauen und so eine schnelle Wirkung des Landesprogramms sicherzustellen. Einrichtungen, die durch Gebühren oder Beiträge vollständig zu finanzieren sind, werden in beiden Programmen nicht gefördert. Die längere Umsetzungsfrist im Landesprogramm dient dazu, den Planungs-, Umsetzungs- und Abrechnungszeitraum für die Kommunen zu verlängern und somit sicherzustellen, dass das Geld nicht übereilt investiert werden muss. Zudem kann es den Kommunen so ermöglicht werden, sofern es zu zeitlichen Problemen bei der Abnahme von Maßnahmen im Bundesprogramm kommt, diese ins Landesprogramm zu transferieren. Die Fristen gelten nicht für den Programmteil Wohnraum. In diesem gilt abweichend für den Maßnahmenbeginn der 31. Dezember 2018. Des Weiteren regelt die Vorschrift das generelle Verbot der Doppelförderung von Maßnahmen. Das Doppelförderungsverbot gilt nicht für den Programmteil Wohnraum. Die Krankenhausträger können die ihnen zufließenden Mittel aus der Pauschalförderung des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 zur Tilgung der Darlehen und zur Zinszahlung verwenden.

Zu § 5

Die Vorschrift regelt das Bewilligungsverfahren, die Antragsberechtigung sowie die Zuständigkeiten. Die Kontingente sollen durch die Anmeldung von förderfähigen Maßnahmen bis zum 30. Juni 2016 vollständig belegt sein. Die Frist gilt nicht im Programmteil Wohnraum.

Zu § 6

Von den Kommunen wird ein Verwendungsnachweis verlangt, dessen genaue Ausgestaltung sich aus den Förderrichtlinien unter Beachtung der Bestimmungen der Verwaltungsvereinbarung ergibt. Das Verwendungsnachweisverfahren wird mit dem Hessischen Rechnungshof abgestimmt; dabei wird ein vereinfachtes Verwendungsnachweisverfahren angestrebt.

Die Übersendung des Verwendungsnachweises erfolgt für das Bundesprogramm sowie das Landesprogramm im Programmteil Kommunale Infrastruktur über die WIBank als Vorprüfungsstelle an das Hessische Ministerium der Finanzen, im Programmteil Krankenhäuser nach Vorprüfung der WIBank an das für Soziales zuständige Ministerium sowie im Programmteil Wohnraum an das für Klimaschutz zuständige Ministerium.

Zu § 7

Abs. 1 der Vorschrift regelt den Fall, dass ein vollständiger Mittelabfluss möglicherweise nicht bei allen Antragsberechtigten zu realisieren ist. Insbesondere wenn einzelne Antragsberechtigte

nicht in der Lage sind, die Ihnen zustehenden Mittel vollständig zweckentsprechend zu verwenden, muss die Möglichkeit bestehen, die nicht benötigten Mittel Kommunen zur Verfügung zu stellen, die sie zusätzlich benötigen. Die Entscheidung hierüber trifft im Programmteil Kommunale Infrastruktur und im Bundesprogramm hinsichtlich des Bundeszuschusses sowie bezüglich der Komplementärfinanzierung das für Finanzen zuständige Ministerium.

Mit der Regelung in Abs. 2 wird sichergestellt, dass nicht zweckentsprechend verwendete Mittel von den Begünstigten zurückgefordert werden; diese Mittel können für andere Maßnahmen erneut verwendet werden, um das Fördervolumen insgesamt nicht zu schmälern. Dessen ungeachtet gelten die Fristen in den beiden Programmteilen.

Zu § 8

Die Vorschrift regelt die Berichtspflicht der Begünstigten.

Zu § 9

Abweichend von § 41 Finanzausgleichsgesetz (FAG) in der Fassung vom 29. Mai 2007 (GVBl. I S. 310), aufgehoben durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), soll bei der Verteilung der Darlehen im Landesprogramm in den Programmteilen Krankenhäuser und Wohnraum an die antragsberechtigten Krankenhäuser und Kommunen nicht deren finanzielle Leistungsfähigkeit ausschlaggebend sein. Die Verteilung erfolgt nach den Bestimmungen dieses Gesetzes. Im Programmteil Kommunale Infrastruktur sind zwar alle Kommunen antragsberechtigt, die Verteilung der Förderkontingente erfolgt aber unter Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen, insbesondere im Bundesprogramm; in diesem findet eine Auswahl der Antragsberechtigten anhand der Finanzschwäche statt. Bei der Verteilung des Kontingents, das für Investitionen von Kommunen vorbehalten ist, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird, werden die zusätzlichen Herausforderungen für die örtliche Gemeinschaft aufgrund der Erstaufnahmeeinrichtung oder deren Außenstelle berücksichtigt.

Zu § 10

Kommunen dürfen nach geltender Rechtslage Kredite nur für Investitionen, Investitionsförderungsmaßnahmen und zur Umschuldung aufnehmen. Deshalb wäre die Verwendung der Kredite aus dem Landesprogramm für Erhaltungsmaßnahmen und für geringwertige Anschaffungen nicht zulässig. Da es sich bei den Mitteln des Landesprogramms ausschließlich um Kreditmittel handelt und Erhaltungsaufwand sowie geringwertige Wirtschaftsgüter förderfähig sind, muss im kommunalen Haushaltsrecht diese Finanzierungsmöglichkeit ausdrücklich geschaffen werden. Dies sieht Abs. 1 vor. Für die haushaltstechnische Abwicklung werden für die Tilgungsanteile des Landes bilanzielle Sonderposten gebildet. Im Interesse einer über die Laufzeit der Kredite gleichmäßigen jährlichen Haushaltsbelastung können die Maßnahmen und die Sonderposten im Landesprogramm Programmteil Kommunale Infrastruktur zudem abweichend von den allgemein geltenden Abschreibungsregeln jeweils einheitlich über 30 Jahre abgeschrieben und aufgelöst werden.

Nr. 5 der Konsolidierungsleitlinie des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport vom 6. Mai 2010, StAnz 2010, S. 1470, sieht vor, dass eine Nettoneuverschuldung bei Kommunen mit anhaltend defizitärer Haushaltswirtschaft nicht genehmigungsfähig ist. Eine Ausnahme davon bilden Komplementärfinanzierungen bei Förderprogrammen für notwendige Investitionen. Die im Rahmen der Förderbereiche des Bundes- und Landesprogramms möglichen Investitionen könnten im Einzelfall von der Finanzaufsicht zumindest teilweise als nicht notwendig im Sinne der Konsolidierungsleitlinie qualifiziert werden und dadurch im ungünstigsten Fall zu Umplanungen, Mittelumrichtungen, Zeitverzug o.Ä. führen. Daher soll das Erfordernis der Kreditgenehmigung bei Einhaltung der förderfähigen Zwecke an die Zielsetzungen der Programme angepasst werden, sodass in Abs. 2 eine Genehmigungsfiktion vorgesehen ist, die zur Beschleunigung des Verfahrens beitragen soll. Der Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen ist nach geltendem Recht in der Haushaltsatzung festzusetzen und bedarf der aufsichtsrechtlichen Genehmigung. Die Darlehensverträge mit der WIBank gelten als von der Aufsichtsbehörde genehmigt. Darüber hinausgehende Kreditverträge bedürfen weiterhin der aufsichtsrechtlichen Genehmigung.

Zu § 11

Die Vorschrift dient der Klarstellung hinsichtlich der umfassenden Prüfungsrechte des Hessischen Rechnungshofes, des Bundesrechnungshofes und der Rechte des Präsidenten des Hessischen Rechnungshofes - Überörtliche Prüfung kommunaler Körperschaften.

Zu § 12

Die Befristung ergibt sich aus der Laufzeit des Darlehensprogramms von bis zu 30 Jahren. Um etwaige Abschlussarbeiten nach Beendigung der Darlehenslaufzeit zum 31. Dezember 2049 im Laufe des Jahres 2050 auf Grundlage des Gesetzes noch gewährleisten zu können, wurde eine Befristung des Gesetzes bis 31. Dezember 2050 vorgesehen.

Zu Art. 2

§ 9 des Gesetzes zur Stärkung der Investitionstätigkeit von Kommunen und Krankenhausträgern durch ein Kommunalinvestitionsprogramm regelt die Nichtanwendbarkeit des § 41 FAG in der Fassung vom 29. Mai 2007 (GVBl. I S. 310), aufgehoben durch Gesetz vom 23. Juli 2015

(GVBl. S. 298) in den Programmteilen Krankenhäuser und Wohnraum sowie im Programmteil Kommunale Infrastruktur bei der Verteilung des Förderkontingents, das Kommunen vorbehalten ist, in denen ein Standort zur Erstaufnahme von Flüchtlingen betrieben wird. Das FAG wurde mit Gesetz vom 23. Juli 2015 neu gefasst, sodass sich der vorherige § 41 FAG inhaltlich ab dem 1. Januar 2016 in § 56 FAG in der Fassung vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298), geändert durch dieses Gesetz, wiederfindet.

Zu Art. 3

Zu Nr. 2

Durch die Neufassung des Achten und Neunten Teils des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 (HKHG 2011) entfällt mit Wirkung vom 1. Januar 2016 dessen § 37. Sein Regelungsgehalt findet sich dann in § 31 HKHG 2011. Das Finanzausgleichsgesetz (FAG) wurde dementsprechend angepasst.

Zu Nr. 5 Buchst. b

Mit der Aufnahme des Satzes 2 in § 58 Abs. 4 FAG wird eine Rechtsgrundlage geschaffen, nach der Zuweisungen für Zinsdiensthilfen aus dem Landesausgleichsstock an die Begünstigten des Programmteils Kommunale Infrastruktur im Landesprogramm gewährt werden können.

Im Übrigen werden die Fundstellen der durch dieses Gesetz geänderten Gesetze und Verordnungen im FAG aktualisiert.

Zu Art. 4

Zur Bestimmung der Umlagegrundlagen für die Verbandsumlage wird in § 52 Satz 1 FAG auf § 14 Abs. 2 des Gesetzes über den Landeswohlfahrtsverband Hessen (LWV-Gesetz) verwiesen. § 14 Abs. 1 Satz 1 dieses Gesetzes verweist seinerseits auf das FAG vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298). Das FAG wird in Art. 2 dieses Gesetzes geändert, sodass § 14 Abs. 1 Satz 1 LWV-Gesetz zu aktualisieren ist.

Zu Art. 5

Zur Bestimmung der Umlagegrundlagen für die Verbandsumlage wird in § 53 Abs. 1 FAG auf § 18 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main verwiesen. § 18 Satz 1 dieses Gesetzes verweist seinerseits auf das FAG vom 23. Juli 2015. Das FAG wird in Art. 2 dieses Gesetzes geändert, sodass § 18 Satz 1 des Gesetzes über die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main zu aktualisieren ist.

Zu Art. 6

Art. 6 betrifft die Vorschrift über die Kreisumlage in § 53 Abs. 2 Satz 1 der Hessischen Landkreisordnung (HKO). Dieser verweist seinerseits auf das FAG vom 23. Juli 2015. Das FAG wird in Art. 2 dieses Gesetzes geändert, sodass § 53 Abs. 2 Satz 1 HKO zu aktualisieren ist.

Zu Art. 7

Für die Veranschlagung der Krankenhausumlage wird in § 51 Abs. 1 Satz 1 FAG auf § 31 des Hessischen Krankenhausgesetzes 2011 verwiesen. § 31 Satz 1 dieses Gesetzes verweist seinerseits auf § 38 des Finanzausgleichsgesetzes in der Fassung vom 29. Mai 2007 (GVBl. I S. 310), aufgehoben durch Gesetz vom 23. Juli 2015 (GVBl. S. 298). Das FAG wird in Art. 2 dieses Gesetzes geändert, sodass § 14 Abs. 1 Satz 1 LWV-Gesetz zu aktualisieren ist.

Zu Art. 8

Zu Nr. 1

§ 1 der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz verweist auf das FAG vom 23. Juli 2015. Das FAG wird in Art. 2 dieses Gesetzes geändert, sodass § 1 der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz zu aktualisieren ist.

Zu Nr. 2

§ 3 Abs. 4 Satz 1 der Hessischen Ausführungsverordnung zum Gemeindefinanzreformgesetz verweist auf § 46a des Finanzausgleichsgesetzes. Durch die Neufassung des Finanzausgleichsgesetzes zum 1. Januar 2016 entfällt der § 46a. Sein Regelungsgehalt findet sich dann in § 62 FAG.

Zu Art. 9

Das Hessische Sonderinvestitionsprogrammgesetz schließt die Anwendbarkeit von § 56 des FAG in der Fassung vom 23. Juli 2015 aus. Das FAG wird in Art. 2 dieses Gesetzes geändert, sodass der Verweis in § 7 des Hessischen Sonderinvestitionsprogrammgesetzes zu aktualisieren ist.

Zu Art. 10

Im Zusammenhang mit der zusätzlichen Zinsdiensthilfe aus dem Landesausgleichsstock verweist § 1 Abs. 4 Satz 1 des Schutzschirmgesetzes auf § 58 Abs. 4 FAG in der Fassung vom 23. Juli 2015. § 58 Abs. 4 FAG wird in Art. 2 dieses Gesetzes geändert, sodass § 1 Abs. 4 Satz 1 des Schutzschirmgesetzes zu aktualisieren ist.

Zu Art. 11

Da durch dieses Gesetz eine Rechtsverordnung (Art. 8) geändert wird, ist aus formalen Gründen ein Zuständigkeitsvorbehalt (sog. Entsteinerungsklausel) aufzunehmen.

Zu Art. 12

Die Vorschrift regelt das Inkrafttreten des Gesetzes.

Wiesbaden, 15. September 2015

Für die Fraktion
der CDU
Der Parlam. Geschäftsführer:
Bellino

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Die Parlam. Geschäftsführerin:
Dorn

Anlage

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|--------------------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6411000 | DARMSTADT, WISSENSCHAFTSSTADT | | | | 15.477.039 | 15.477.039 |
| 6412000 | FRANKFURT AM MAIN, STADT | | | | 26.283.488 | 26.283.488 |
| 6413000 | OFFENBACH AM MAIN, STADT | 21.329.226 | 19.196.226 | 2.133.000 | 9.875.147 | 31.204.373 |
| 6414000 | WIESBADEN, LANDESHAUPTSTADT | | | | 18.583.370 | 18.583.370 |
| 6431000 | LANDKREIS BERGSTRASSE | | | | 7.388.542 | 7.388.542 |
| 6431001 | ABTSTEINACH | | | | 122.846 | 122.846 |
| 6431002 | BENSHEIM, STADT | | | | 979.561 | 979.561 |
| 6431003 | BIBLIS | | | | 300.952 | 300.952 |
| 6431004 | BIRKENAU | 786.816 | 707.816 | 79.000 | 254.134 | 1.040.950 |
| 6431005 | BUERSTADT, STADT | 1.394.483 | 1.254.483 | 140.000 | 453.521 | 1.848.004 |
| 6431006 | EINHAUSEN | | | | 178.418 | 178.418 |
| 6431007 | FUERTH | 821.879 | 738.879 | 83.000 | 261.275 | 1.083.154 |
| 6431008 | GORXHEIMERTAL | 278.731 | 250.731 | 28.000 | 103.803 | 382.534 |
| 6431009 | GRASELLENBACH | 303.960 | 272.960 | 31.000 | 102.784 | 406.744 |
| 6431010 | GROSS-ROHRHEIM | | | | 138.438 | 138.438 |
| 6431011 | HEPPENHEIM (BERGSTRASSE), KREISSTADT | | | | 800.178 | 800.178 |
| 6431012 | HIRSCHHORN (NECKAR), STADT | | | | 134.660 | 134.660 |
| 6431013 | LAMPERTHEIM, STADT | 2.528.579 | 2.275.579 | 253.000 | 674.754 | 3.203.333 |
| 6431014 | LAUTERTAL (ODENWALD) | | | | 193.276 | 193.276 |
| 6431015 | LINDENFELS, STADT | 354.355 | 318.355 | 36.000 | 118.121 | 472.476 |
| 6431016 | LORSCH, KAROLINGERSTADT | 1.071.938 | 963.938 | 108.000 | 414.061 | 1.485.999 |
| 6431017 | MOERLENBACH | 747.031 | 672.031 | 75.000 | 251.797 | 998.828 |
| 6431018 | NECKARSTEINACH, STADT | | | | 143.210 | 143.210 |
| 6431019 | RIMBACH | | | | 333.815 | 333.815 |
| 6431020 | VIERNHEIM, STADT | 2.444.261 | 2.199.261 | 245.000 | 692.968 | 3.137.229 |
| 6431021 | WALD-MICHELBACH | 841.981 | 756.981 | 85.000 | 262.877 | 1.104.858 |
| 6431022 | ZWINGENBERG, STADT | | | | 183.883 | 183.883 |
| 6432000 | LANDKREIS DARMSTADT-DIEBURG | | | | 7.711.393 | 7.711.393 |
| 6432001 | ALSBACH-HAEHNLEIN | | | | 325.078 | 325.078 |
| 6432002 | BABENHAUSEN, STADT | | | | 429.224 | 429.224 |
| 6432003 | BICKENBACH | | | | 161.951 | 161.951 |
| 6432004 | DIEBURG, STADT | | | | 624.710 | 624.710 |
| 6432005 | EPPERTSHAUSEN | | | | 174.674 | 174.674 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|----------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6432006 | ERZHAUSEN | | | | 323.632 | 323.632 |
| 6432007 | FISCHBACHTAL | 186.364 | 167.364 | 19.000 | 84.185 | 270.549 |
| 6432008 | GRIESHEIM, STADT | 1.885.265 | 1.696.265 | 189.000 | 597.395 | 2.482.660 |
| 6432009 | GROSS-BIEBERAU, STADT | | | | 135.410 | 135.410 |
| 6432010 | GROSS-UMSTADT, STADT | 1.551.550 | 1.395.550 | 156.000 | 522.770 | 2.074.320 |
| 6432011 | GROSS-ZIMMERN | 981.288 | 882.288 | 99.000 | 304.332 | 1.285.620 |
| 6432012 | MESSEL | | | | 140.330 | 140.330 |
| 6432013 | MODAUTAL | | | | 162.567 | 162.567 |
| 6432014 | MUEHLTAL | | | | 391.509 | 391.509 |
| 6432015 | MUENSTER | 1.079.724 | 971.724 | 108.000 | 311.899 | 1.391.623 |
| 6432016 | OBER-RAMSTADT, STADT | | | | 406.294 | 406.294 |
| 6432017 | OTZBERG | | | | 182.066 | 182.066 |
| 6432018 | PFUNGSTADT, STADT | 1.863.755 | 1.676.755 | 187.000 | 569.500 | 2.433.255 |
| 6432019 | REINHEIM, STADT | | | | 439.653 | 439.653 |
| 6432020 | ROSSDORF | | | | 365.831 | 365.831 |
| 6432021 | SCHAAFHEIM | 715.023 | 643.023 | 72.000 | 240.837 | 955.860 |
| 6432022 | SEEHEIM-JUGENHEIM | | | | 429.047 | 429.047 |
| 6432023 | WEITERSTADT, STADT | | | | 765.141 | 765.141 |
| 6433000 | LANDKREIS GROSS-GERAU | | | | 8.283.507 | 8.283.507 |
| 6433001 | BIEBESHEIM AM RHEIN | | | | 168.287 | 168.287 |
| 6433002 | BISCHOFSSHEIM | 911.767 | 819.767 | 92.000 | 288.386 | 1.200.153 |
| 6433003 | BUETTELBORN | | | | 409.947 | 409.947 |
| 6433004 | GERNSHEIM, SCHOEFFERSTADT | | | | 323.423 | 323.423 |
| 6433005 | GINSHEIM-GUSTAVSBURG | | | | 423.564 | 423.564 |
| 6433006 | GROSS-GERAU, STADT | | | | 783.071 | 783.071 |
| 6433007 | KELSTERBACH, STADT | | | | 378.023 | 378.023 |
| 6433008 | MOERFELDEN-WALLDORF, STADT | | | | 917.406 | 917.406 |
| 6433009 | NAUHEIM | | | | 360.111 | 360.111 |
| 6433010 | RAUNHEIM, STADT | | | | 418.838 | 418.838 |
| 6433011 | RIEDSTADT, STADT | 1.621.128 | 1.458.128 | 163.000 | 420.723 | 2.041.851 |
| 6433012 | RUESSELSHEIM, STADT | 4.591.199 | 4.131.199 | 460.000 | 1.731.160 | 6.322.359 |
| 6433013 | STOCKSTADT AM RHEIN | | | | 174.463 | 174.463 |
| 6433014 | TREBUR | | | | 392.574 | 392.574 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|---|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6434000 | HOCHTAUNUSKREIS | | | | 6.442.677 | 6.442.677 |
| 6434001 | BAD HOMBURG VOR DER HOEHE, STADT | | | | 1.695.879 | 1.695.879 |
| 6434002 | FRIEDRICHSDORF, STADT | | | | 787.041 | 787.041 |
| 6434003 | GLASHUETTEN | | | | 158.994 | 158.994 |
| 6434004 | GRAEVENWIESBACH | | | | 165.306 | 165.306 |
| 6434005 | KOENIGSTEIN IM TAUNUS, STADT | | | | 657.205 | 657.205 |
| 6434006 | KRONBERG IM TAUNUS, STADT | | | | 656.944 | 656.944 |
| 6434007 | NEU-ANSPACH, STADT | | | | 410.027 | 410.027 |
| 6434008 | OBERURSEL (TAUNUS), STADT | | | | 1.048.857 | 1.048.857 |
| 6434009 | SCHMITTEN | | | | 325.741 | 325.741 |
| 6434010 | STEINBACH (TAUNUS), STADT | | | | 353.558 | 353.558 |
| 6434011 | USINGEN, STADT | 1.069.747 | 962.747 | 107.000 | 418.615 | 1.488.362 |
| 6434012 | WEHRHEIM | | | | 303.960 | 303.960 |
| 6434013 | WEILROD | | | | 178.745 | 178.745 |
| 6435000 | MAIN-KINZIG-KREIS | | | | 10.450.023 | 10.450.023 |
| 6435001 | BAD ORB, STADT | 916.591 | 824.591 | 92.000 | 369.341 | 1.285.932 |
| 6435002 | BAD SODEN-SALMUENSTER, STADT | 1.195.362 | 1.075.362 | 120.000 | 422.124 | 1.617.486 |
| 6435003 | BIEBERGEMUEND | | | | 187.229 | 187.229 |
| 6435004 | BIRSTEIN | | | | 181.487 | 181.487 |
| 6435005 | BRACHTTAL | 385.140 | 346.140 | 39.000 | 120.331 | 505.471 |
| 6435006 | BRUCHKOEBEL, STADT | 1.757.052 | 1.581.052 | 176.000 | 519.579 | 2.276.631 |
| 6435007 | ERLENSEE | 1.039.176 | 935.176 | 104.000 | 300.030 | 1.339.206 |
| 6435008 | FLOERSBACHTAL | 184.798 | 165.798 | 19.000 | 82.040 | 266.838 |
| 6435009 | FREIGERICHT | 1.041.245 | 936.245 | 105.000 | 313.526 | 1.354.771 |
| 6435010 | GELNHAUSEN, BARBAROSSASTADT, KREISSTADT | | | | 750.054 | 750.054 |
| 6435011 | GROSSKROTZENBURG | 728.892 | 655.892 | 73.000 | 155.199 | 884.091 |
| 6435012 | GRUENDAU | | | | 417.192 | 417.192 |
| 6435013 | HAMMERSBACH | | | | 157.558 | 157.558 |
| 6435014 | HANAU, BRUEDER-GRIMM-STADT | 5.582.529 | 5.023.529 | 559.000 | 2.052.635 | 7.635.164 |
| 6435015 | HASSELROTH | | | | 193.128 | 193.128 |
| 6435016 | JOSSGRUND | 262.025 | 235.025 | 27.000 | 97.831 | 359.856 |
| 6435017 | LANGENSELBOLD, STADT | | | | 383.431 | 383.431 |
| 6435018 | LINSENGERICHT | | | | 348.265 | 348.265 |
| 6435019 | MAINTAL, STADT | 2.813.232 | 2.531.232 | 282.000 | 753.830 | 3.567.062 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|---|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6435020 | NEUBERG | | | | 164.134 | 164.134 |
| 6435021 | NIDDERAU, STADT | | | | 473.358 | 473.358 |
| 6435022 | NIEDERDORFELDEN | | | | 132.612 | 132.612 |
| 6435023 | RODENBACH | | | | 364.890 | 364.890 |
| 6435024 | RONNEBURG | | | | 138.540 | 138.540 |
| 6435025 | SCHLUECHTERN, STADT | 1.414.374 | 1.272.374 | 142.000 | 461.887 | 1.876.261 |
| 6435026 | SCHOENECK | | | | 380.623 | 380.623 |
| 6435027 | SINNTAL | 775.953 | 697.953 | 78.000 | 243.458 | 1.019.411 |
| 6435028 | STEINAU AN DER STRASSE, BRUEDER-GRIMM-STADT | 763.936 | 686.936 | 77.000 | 258.620 | 1.022.556 |
| 6435029 | WAECHTERSACH, STADT | 1.086.614 | 977.614 | 109.000 | 405.377 | 1.491.991 |
| | | | | | | |
| 6436000 | MAIN-TAUNUS-KREIS | | | | 5.026.271 | 5.026.271 |
| 6436001 | BAD SODEN AM TAUNUS, STADT | | | | 694.837 | 694.837 |
| 6436002 | EPPSTEIN, STADT | | | | 388.129 | 388.129 |
| 6436003 | ESCHBORN, STADT | | | | 359.339 | 359.339 |
| 6436004 | FLOERSHEIM AM MAIN, STADT | 1.436.908 | 1.292.908 | 144.000 | 510.422 | 1.947.330 |
| 6436005 | HATTERSHEIM AM MAIN, STADT | 1.923.366 | 1.730.366 | 193.000 | 588.779 | 2.512.145 |
| 6436006 | HOCHHEIM AM MAIN, STADT | | | | 678.088 | 678.088 |
| 6436007 | HOFHEIM AM TAUNUS, KREISSTADT | | | | 975.615 | 975.615 |
| 6436008 | KELKHEIM (TAUNUS), STADT | 2.051.109 | 1.845.109 | 206.000 | 623.520 | 2.674.629 |
| 6436009 | KRIFTEL | | | | 328.890 | 328.890 |
| 6436010 | LIEDERBACH AM TAUNUS | | | | 320.683 | 320.683 |
| 6436011 | SCHWALBACH AM TAUNUS, STADT | | | | 574.110 | 574.110 |
| 6436012 | SULZBACH (TAUNUS) | | | | 195.704 | 195.704 |
| | | | | | | |
| 6437000 | ODENWALDKREIS | 7.647.622 | 6.882.622 | 765.000 | 3.409.326 | 11.056.948 |
| 6437001 | BAD KOENIG, STADT | 763.751 | 686.751 | 77.000 | 246.835 | 1.010.586 |
| 6437002 | BEERFELDEN, STADT | 436.403 | 392.403 | 44.000 | 138.047 | 574.450 |
| 6437003 | BRENSBACH | | | | 163.756 | 163.756 |
| 6437004 | BREUBERG, STADT | | | | 185.991 | 185.991 |
| 6437005 | BROMBACHTAL | 273.334 | 245.334 | 28.000 | 97.918 | 371.252 |
| 6437006 | ERBACH, KREISSTADT | 1.151.734 | 1.035.734 | 116.000 | 420.675 | 1.572.409 |
| 6437007 | FRAENKISCH-CRUMBACH | | | | 137.581 | 137.581 |
| 6437008 | HESENECK | 53.867 | 47.867 | 6.000 | 57.372 | 111.239 |
| 6437009 | HOECHST IM ODENWALD | 784.431 | 705.431 | 79.000 | 253.130 | 1.037.561 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|----------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6437010 | LUETZELBACH | 547.983 | 492.983 | 55.000 | 145.898 | 693.881 |
| 6437011 | MICHELSTADT, STADT | 1.369.328 | 1.232.328 | 137.000 | 461.263 | 1.830.591 |
| 6437012 | MOSSAUTAL | | | | 127.109 | 127.109 |
| 6437013 | REICHELSHHEIM (ODENWALD) | 654.679 | 588.679 | 66.000 | 232.831 | 887.510 |
| 6437014 | ROTHENBERG | 171.431 | 153.431 | 18.000 | 80.059 | 251.490 |
| 6437015 | SENSBACHTAL | 82.640 | 73.640 | 9.000 | 62.176 | 144.816 |
| 6438000 | LANDKREIS OFFENBACH | | | | 8.045.243 | 8.045.243 |
| 6438001 | DIETZENBACH, KREISSTADT | 2.461.881 | 2.214.881 | 247.000 | 693.268 | 3.155.149 |
| 6438002 | DREIEICH, STADT | | | | 985.359 | 985.359 |
| 6438003 | EGELSBACH | | | | 353.696 | 353.696 |
| 6438004 | HAINBURG | 1.014.341 | 912.341 | 102.000 | 310.142 | 1.324.483 |
| 6438005 | HEUSENSTAMM, STADT | | | | 698.722 | 698.722 |
| 6438006 | LANGEN (HESSEN), STADT | 2.637.056 | 2.373.056 | 264.000 | 734.590 | 3.371.646 |
| 6438007 | MAINHAUSEN | 405.186 | 364.186 | 41.000 | 223.228 | 628.414 |
| 6438008 | MUEHLHEIM AM MAIN, STADT | 2.177.868 | 1.959.868 | 218.000 | 614.971 | 2.792.839 |
| 6438009 | NEU-ISENBURG, STADT | | | | 894.806 | 894.806 |
| 6438010 | OBERTSHAUSEN, STADT | 1.574.144 | 1.416.144 | 158.000 | 562.042 | 2.136.186 |
| 6438011 | RODGAU, STADT | 3.167.919 | 2.850.919 | 317.000 | 837.795 | 4.005.714 |
| 6438012 | ROEDERMARK, STADT | 1.921.780 | 1.728.780 | 193.000 | 598.302 | 2.520.082 |
| 6438013 | SELIGENSTADT, STADT | | | | 732.385 | 732.385 |
| 6439000 | RHEINGAU-TAUNUS-KREIS | | | | 6.277.509 | 6.277.509 |
| 6439001 | AARBERGEN | | | | 177.017 | 177.017 |
| 6439002 | BAD SCHWALBACH, KREISSTADT | 908.678 | 817.678 | 91.000 | 379.528 | 1.288.206 |
| 6439003 | ELTVILLE AM RHEIN, STADT | | | | 683.490 | 683.490 |
| 6439004 | GEISENHEIM, STADT | 943.328 | 848.328 | 95.000 | 392.528 | 1.335.856 |
| 6439005 | HEIDENROD | 628.131 | 565.131 | 63.000 | 223.916 | 852.047 |
| 6439006 | HOHENSTEIN | | | | 178.401 | 178.401 |
| 6439007 | HUENSTETTEN | 752.237 | 676.237 | 76.000 | 254.765 | 1.007.002 |
| 6439008 | IDSTEIN, STADT | | | | 767.377 | 767.377 |
| 6439009 | KIEDRICH | | | | 143.396 | 143.396 |
| 6439010 | LORCH, STADT | 289.668 | 260.668 | 29.000 | 101.372 | 391.040 |
| 6439011 | NIEDERNHAUSEN | | | | 413.275 | 413.275 |
| 6439012 | OESTRICH-WINKEL, STADT | | | | 379.530 | 379.530 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|---|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6439013 | RUEDESHEIM AM RHEIN, STADT | 831.737 | 747.737 | 84.000 | 367.741 | 1.199.478 |
| 6439014 | SCHLANGENBAD | | | | 177.210 | 177.210 |
| 6439015 | TAUNUSSTEIN, STADT | | | | 853.119 | 853.119 |
| 6439016 | WALDEMS | | | | 163.603 | 163.603 |
| 6439017 | WALLUF | | | | 150.122 | 150.122 |
| 6440000 | WETTERAUKREIS | | | | 8.012.976 | 8.012.976 |
| 6440001 | ALTENSTADT | | | | 379.596 | 379.596 |
| 6440002 | BAD NAUHEIM, STADT | 2.582.754 | 2.323.754 | 259.000 | 669.386 | 3.252.140 |
| 6440003 | BAD VILBEL, STADT | | | | 881.307 | 881.307 |
| 6440004 | BUEDINGEN, STADT | 1.739.837 | 1.565.837 | 174.000 | 528.135 | 2.267.972 |
| 6440005 | BUTZBACH, FRIEDRICH-LUDWIG-WEIDIG-STADT | 2.125.710 | 1.912.710 | 213.000 | 578.416 | 2.704.126 |
| 6440006 | ECHZELL | | | | 172.841 | 172.841 |
| 6440007 | FLORSTADT, STADT | 663.996 | 596.996 | 67.000 | 234.363 | 898.359 |
| 6440008 | FRIEDBERG (HESSEN), KREISSTADT | 2.092.422 | 1.882.422 | 210.000 | 620.478 | 2.712.900 |
| 6440009 | GEDERN, STADT | | | | 315.803 | 315.803 |
| 6440010 | GLAUBURG | 207.839 | 186.839 | 21.000 | 89.827 | 297.666 |
| 6440011 | HIRZENHAIN | 204.699 | 183.699 | 21.000 | 87.582 | 292.281 |
| 6440012 | KARBEN, STADT | | | | 511.122 | 511.122 |
| 6440013 | KEFENROD | | | | 125.420 | 125.420 |
| 6440014 | LIMESHAIN | | | | 166.684 | 166.684 |
| 6440015 | MUENZENBERG, STADT | | | | 170.345 | 170.345 |
| 6440016 | NIDDA, STADT | 1.534.189 | 1.380.189 | 154.000 | 473.930 | 2.008.119 |
| 6440017 | NIDDATAL, STADT | 661.746 | 594.746 | 67.000 | 240.076 | 901.822 |
| 6440018 | OBER-MOERLEN | | | | 165.821 | 165.821 |
| 6440019 | ORTENBERG, STADT | 758.905 | 682.905 | 76.000 | 241.769 | 1.000.674 |
| 6440020 | RANSTADT | | | | 161.758 | 161.758 |
| 6440021 | REICHELSCHEIM (WETTERAU), STADT | | | | 187.131 | 187.131 |
| 6440022 | ROCKENBERG | | | | 151.161 | 151.161 |
| 6440023 | ROSBACH VOR DER HOEHE, STADT | | | | 357.949 | 357.949 |
| 6440024 | WOELFERSHEIM | 738.135 | 664.135 | 74.000 | 249.077 | 987.212 |
| 6440025 | WOELLSTADT | | | | 178.979 | 178.979 |
| 6531000 | LANDKREIS GIESSEN | 19.492.882 | 17.542.882 | 1.950.000 | 6.164.204 | 25.657.086 |
| 6531001 | ALLENDORF (LUMDA), STADT | 283.109 | 254.109 | 29.000 | 105.079 | 388.188 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|-----------------------------|---|---|---|---|--|
| 6531002 | BIEBERTAL | | | | 355.218 | 355.218 |
| 6531003 | BUSECK | | | | 396.119 | 396.119 |
| 6531004 | FERNWALD | | | | 177.209 | 177.209 |
| 6531005 | GIESSEN, UNIVERSITAETSSTADT | 6.651.956 | 5.985.956 | 666.000 | 2.039.595 | 8.691.551 |
| 6531006 | GRUENBERG, STADT | 1.037.091 | 933.091 | 104.000 | 420.108 | 1.457.199 |
| 6531007 | HEUCHELHEIM | | | | 182.503 | 182.503 |
| 6531008 | HUNGEN, STADT | 1.059.170 | 953.170 | 106.000 | 406.496 | 1.465.666 |
| 6531009 | LANGGOENS | | | | 376.535 | 376.535 |
| 6531010 | LAUBACH, STADT | 835.955 | 751.955 | 84.000 | 367.743 | 1.203.698 |
| 6531011 | LICH, STADT | 1.023.808 | 920.808 | 103.000 | 412.829 | 1.436.637 |
| 6531012 | LINDEN, STADT | | | | 386.395 | 386.395 |
| 6531013 | LOLLAR, STADT | 759.055 | 683.055 | 76.000 | 251.155 | 1.010.210 |
| 6531014 | POHLHEIM, STADT | 1.443.271 | 1.298.271 | 145.000 | 366.559 | 1.809.830 |
| 6531015 | RABENAU | 395.343 | 355.343 | 40.000 | 119.946 | 515.289 |
| 6531016 | REISKIRCHEN | | | | 357.939 | 357.939 |
| 6531017 | STAUFENBERG, STADT | 606.586 | 545.586 | 61.000 | 225.386 | 831.972 |
| 6531018 | WETTENBERG | | | | 378.786 | 378.786 |
| 6532000 | LAHN-DILL-KREIS | | | | 8.165.926 | 8.165.926 |
| 6532001 | ASSLAR, STADT | | | | 371.888 | 371.888 |
| 6532002 | BISCHOFFEN | | | | 140.031 | 140.031 |
| 6532003 | BRAUNFELS, STADT | 872.229 | 784.229 | 88.000 | 266.156 | 1.138.385 |
| 6532004 | BREITSCHEID | | | | 161.695 | 161.695 |
| 6532005 | DIETZHOELZTAL | | | | 126.282 | 126.282 |
| 6532006 | DILLENBURG, STADT | 1.784.055 | 1.605.055 | 179.000 | 561.359 | 2.345.414 |
| 6532007 | DRIEDORF | | | | 161.715 | 161.715 |
| 6532008 | EHRINGSHAUSEN | | | | 340.509 | 340.509 |
| 6532009 | ESCHENBURG | | | | 349.701 | 349.701 |
| 6532010 | GREIFENSTEIN | | | | 189.830 | 189.830 |
| 6532011 | HAIGER, STADT | | | | 712.275 | 712.275 |
| 6532012 | HERBORN, STADT | | | | 703.209 | 703.209 |
| 6532013 | HOHENAHR | 352.238 | 316.238 | 36.000 | 115.857 | 468.095 |
| 6532014 | HUETTENBERG | | | | 365.939 | 365.939 |
| 6532015 | LAHNAU | | | | 318.789 | 318.789 |
| 6532016 | LEUN, STADT | 454.595 | 408.595 | 46.000 | 129.457 | 584.052 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|---------------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6532017 | MITTENAAR | | | | 158.742 | 158.742 |
| 6532018 | SCHOFFENGRUND | 457.858 | 411.858 | 46.000 | 137.028 | 594.886 |
| 6532019 | SIEGBACH | 213.212 | 191.212 | 22.000 | 86.333 | 299.545 |
| 6532020 | SINN | | | | 183.803 | 183.803 |
| 6532021 | SOLMS, STADT | | | | 388.970 | 388.970 |
| 6532022 | WALDSOLMS | 331.853 | 297.853 | 34.000 | 115.591 | 447.444 |
| 6532023 | WETZLAR, STADT | 3.967.810 | 3.570.810 | 397.000 | 1.608.148 | 5.575.958 |
| | | | | | | |
| 6533000 | LANDKREIS LIMBURG-WEILBURG | 12.489.219 | 11.240.219 | 1.249.000 | 4.384.913 | 16.874.132 |
| 6533001 | BESELICH | 424.852 | 381.852 | 43.000 | 127.014 | 551.866 |
| 6533002 | BRECHEN | | | | 184.541 | 184.541 |
| 6533003 | BAD CAMBERG, STADT | | | | 402.764 | 402.764 |
| 6533004 | DORNBURG | 664.681 | 597.681 | 67.000 | 231.951 | 896.632 |
| 6533005 | ELBTAL | 172.589 | 154.589 | 18.000 | 80.216 | 252.805 |
| 6533006 | ELZ | | | | 320.159 | 320.159 |
| 6533007 | HADAMAR, STADT | 1.039.033 | 935.033 | 104.000 | 289.008 | 1.328.041 |
| 6533008 | HUENFELDEN | 817.472 | 735.472 | 82.000 | 252.973 | 1.070.445 |
| 6533009 | LIMBURG AN DER LAHN, KREISSTADT | | | | 911.675 | 911.675 |
| 6533010 | LOHNBERG | 297.636 | 267.636 | 30.000 | 107.291 | 404.927 |
| 6533011 | MENGERSKIRCHEN, MARKTFLECKEN | 412.182 | 370.182 | 42.000 | 127.775 | 539.957 |
| 6533012 | MERENBERG, MARKTFLECKEN | | | | 139.165 | 139.165 |
| 6533013 | RUNKEL, STADT | | | | 350.947 | 350.947 |
| 6533014 | SELTERS (TAUNUS) | 727.903 | 654.903 | 73.000 | 232.037 | 959.940 |
| 6533015 | VILLMAR, MARKTFLECKEN | 478.831 | 430.831 | 48.000 | 144.933 | 623.764 |
| 6533016 | WALDBRUNN (WESTERWALD) | 464.308 | 417.308 | 47.000 | 129.860 | 594.168 |
| 6533017 | WEILBURG, STADT | 1.055.137 | 949.137 | 106.000 | 409.708 | 1.464.845 |
| 6533018 | WEILMUNSTER, MARKTFLECKEN | 664.083 | 597.083 | 67.000 | 236.429 | 900.512 |
| 6533019 | WEINBACH | 356.245 | 320.245 | 36.000 | 111.627 | 467.872 |
| | | | | | | |
| 6534000 | LANDKREIS MARBURG-BIEDENKOPF | | | | 7.847.628 | 7.847.628 |
| 6534001 | AMOENEBURG, STADT | 378.984 | 340.984 | 38.000 | 119.834 | 498.818 |
| 6534002 | ANGELBURG | 249.813 | 224.813 | 25.000 | 96.944 | 346.757 |
| 6534003 | BAD ENDBACH | 754.761 | 678.761 | 76.000 | 234.876 | 989.637 |
| 6534004 | BIEDENKOPF, STADT | | | | 633.809 | 633.809 |
| 6534005 | BREIDENBACH | | | | 181.326 | 181.326 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|---------------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6534006 | COELBE | | | | 188.086 | 188.086 |
| 6534007 | DAUTPHETAL | 857.082 | 771.082 | 86.000 | 274.715 | 1.131.797 |
| 6534008 | EBSDORFERGRUND | 681.929 | 612.929 | 69.000 | 237.631 | 919.560 |
| 6534009 | FRONHAUSEN | | | | 145.697 | 145.697 |
| 6534010 | GLADENBACH, STADT | 1.105.186 | 994.186 | 111.000 | 404.184 | 1.509.370 |
| 6534011 | KIRCHHAIN, STADT | 1.378.284 | 1.240.284 | 138.000 | 459.207 | 1.837.491 |
| 6534012 | LAHNTAL | 487.804 | 438.804 | 49.000 | 145.212 | 633.016 |
| 6534013 | LOHRA | | | | 171.776 | 171.776 |
| 6534014 | MARBURG, UNIVERSITAETSSTADT | | | | 2.539.323 | 2.539.323 |
| 6534015 | MUENCHHAUSEN | 266.962 | 239.962 | 27.000 | 96.688 | 363.650 |
| 6534016 | NEUSTADT (HESSEN), STADT | 798.834 | 718.834 | 80.000 | 241.276 | 1.040.110 |
| 6534017 | RAUSCHENBERG, STADT | 351.055 | 315.055 | 36.000 | 111.137 | 462.192 |
| 6534018 | STADTALLENDORF, STADT | | | | 674.873 | 674.873 |
| 6534019 | STEFFENBERG | | | | 143.142 | 143.142 |
| 6534020 | WEIMAR (LAHN) | | | | 191.378 | 191.378 |
| 6534021 | WETTER (HESSEN), STADT | 781.315 | 702.315 | 79.000 | 243.517 | 1.024.832 |
| 6534022 | WOHRATAL | 187.100 | 168.100 | 19.000 | 81.904 | 269.004 |
| 6535000 | VOGELSBERGKREIS | 8.476.220 | 7.628.220 | 848.000 | 3.559.809 | 12.036.029 |
| 6535001 | ALSFELD, STADT | 1.285.053 | 1.156.053 | 129.000 | 456.167 | 1.741.220 |
| 6535002 | ANTRIFTTAL | 161.213 | 144.213 | 17.000 | 76.238 | 237.451 |
| 6535003 | FELDTAL | 206.758 | 185.758 | 21.000 | 84.351 | 291.109 |
| 6535004 | FREIENSTEINAU | 254.916 | 228.916 | 26.000 | 93.811 | 348.727 |
| 6535005 | GEMUENDEN (FELDA) | 211.448 | 189.448 | 22.000 | 87.581 | 299.029 |
| 6535006 | GREBENAU, STADT | 176.295 | 158.295 | 18.000 | 82.211 | 258.506 |
| 6535007 | GREBENHAIN | 323.527 | 290.527 | 33.000 | 114.288 | 437.815 |
| 6535008 | HERBSTEIN, STADT | | | | 159.726 | 159.726 |
| 6535009 | HOMBERG (OHM), STADT | | | | 309.182 | 309.182 |
| 6535010 | KIRTORF, STADT | 236.814 | 212.814 | 24.000 | 93.833 | 330.647 |
| 6535011 | LAUTERBACH (HESSEN), KREISSTADT | 1.028.387 | 925.387 | 103.000 | 415.646 | 1.444.033 |
| 6535012 | LAUTERTAL (VOGELSBERG) | 176.164 | 158.164 | 18.000 | 81.475 | 257.639 |
| 6535013 | MUECKE | | | | 348.700 | 348.700 |
| 6535014 | ROMROD, STADT | 207.743 | 186.743 | 21.000 | 87.224 | 294.967 |
| 6535015 | SCHLITZ, STADT | 799.818 | 719.818 | 80.000 | 250.808 | 1.050.626 |
| 6535016 | SCHOTTEN, STADT | 839.230 | 755.230 | 84.000 | 260.411 | 1.099.641 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|------------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6535017 | SCHWALMTAL | 216.781 | 194.781 | 22.000 | 88.221 | 305.002 |
| 6535018 | ULRICHSTEIN, STADT | | | | 135.144 | 135.144 |
| 6535019 | WARTENBERG | | | | 148.533 | 148.533 |
| 6611000 | KASSEL, DOCUMENTA-STADT | 29.551.690 | 26.595.690 | 2.956.000 | 11.405.770 | 40.957.460 |
| 6631000 | LANDKREIS FULDA | 16.509.968 | 14.858.968 | 1.651.000 | 5.612.498 | 22.122.466 |
| 6631001 | BAD SALZSCHLIRF | | | | 134.990 | 134.990 |
| 6631002 | BURGHHAUN | | | | 181.282 | 181.282 |
| 6631003 | DIPPERZ | 244.276 | 219.276 | 25.000 | 94.301 | 338.577 |
| 6631004 | EBERSBURG | 313.637 | 281.637 | 32.000 | 110.518 | 424.155 |
| 6631005 | EHRENBERG (RHOEN) | 197.170 | 177.170 | 20.000 | 84.002 | 281.172 |
| 6631006 | EICHENZELL | | | | 363.822 | 363.822 |
| 6631007 | EITERFELD | | | | 187.066 | 187.066 |
| 6631008 | FLIEDEN | 791.311 | 711.311 | 80.000 | 241.402 | 1.032.713 |
| 6631009 | FULDA, STADT | 4.818.458 | 4.336.458 | 482.000 | 1.780.151 | 6.598.609 |
| 6631010 | GERSFELD (RHOEN), STADT | 447.913 | 402.913 | 45.000 | 128.259 | 576.172 |
| 6631011 | GROSSENLUEDER | 671.160 | 603.160 | 68.000 | 232.662 | 903.822 |
| 6631012 | HILDERS | 345.762 | 310.762 | 35.000 | 113.503 | 459.265 |
| 6631013 | HOFBIEBER | 472.137 | 424.137 | 48.000 | 133.677 | 605.814 |
| 6631014 | HOSENFELD | 375.847 | 337.847 | 38.000 | 114.189 | 490.036 |
| 6631015 | HUENFELD, KONRAD-ZUSE-STADT | 1.252.120 | 1.126.120 | 126.000 | 452.016 | 1.704.136 |
| 6631016 | KALBACH | 452.007 | 406.007 | 46.000 | 136.449 | 588.456 |
| 6631017 | KUENZELL | 1.327.603 | 1.194.603 | 133.000 | 343.211 | 1.670.814 |
| 6631018 | NEUHOF | | | | 333.225 | 333.225 |
| 6631019 | NUESTTAL | 239.858 | 215.858 | 24.000 | 88.815 | 328.673 |
| 6631020 | PETERSBERG | | | | 426.123 | 426.123 |
| 6631021 | POPPENHAUSEN (WASSERKUPPE) | 178.889 | 160.889 | 18.000 | 83.054 | 261.943 |
| 6631022 | RASDORF | | | | 113.764 | 113.764 |
| 6631023 | TANN (RHOEN), STADT | 365.076 | 328.076 | 37.000 | 111.235 | 476.311 |
| 6632000 | LANDKREIS HERSFELD-ROTENBURG | | | | 5.440.167 | 5.440.167 |
| 6632001 | ALHEIM | 374.664 | 336.664 | 38.000 | 119.121 | 493.785 |
| 6632002 | BAD HERSFELD, KREISSTADT | 2.139.403 | 1.925.403 | 214.000 | 640.700 | 2.780.103 |
| 6632003 | BEBRA, STADT | 1.294.613 | 1.164.613 | 130.000 | 427.847 | 1.722.460 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|-------------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6632004 | BREITENBACH AM HERZBERG | 158.711 | 142.711 | 16.000 | 74.138 | 232.849 |
| 6632005 | CORNBERG | 127.088 | 114.088 | 13.000 | 69.371 | 196.459 |
| 6632006 | FRIEDEWALD | | | | 123.892 | 123.892 |
| 6632007 | HAUNECK | 235.710 | 211.710 | 24.000 | 92.499 | 328.209 |
| 6632008 | HAUNETAL | 227.948 | 204.948 | 23.000 | 90.325 | 318.273 |
| 6632009 | HERINGEN (WERRA), STADT | | | | 474.467 | 474.467 |
| 6632010 | HOHENRODA | 229.756 | 206.756 | 23.000 | 92.159 | 321.915 |
| 6632011 | KIRCHHEIM | | | | 146.106 | 146.106 |
| 6632012 | LUDWIGSAU | 514.079 | 462.079 | 52.000 | 129.700 | 643.779 |
| 6632013 | NENTERSHAUSEN | 245.846 | 220.846 | 25.000 | 88.797 | 334.643 |
| 6632014 | NEUENSTEIN | | | | 128.263 | 128.263 |
| 6632015 | NIEDERLAULA | | | | 168.353 | 168.353 |
| 6632016 | PHILIPPSTHAL (WERRA) | | | | 76.953 | 76.953 |
| 6632017 | RONSHAUSEN | 195.623 | 175.623 | 20.000 | 82.103 | 277.726 |
| 6632018 | ROTENBURG AN DER FULDA, STADT | 1.348.937 | 1.213.937 | 135.000 | 427.809 | 1.776.746 |
| 6632019 | SCHENKLENGSFELD | 341.850 | 306.850 | 35.000 | 111.909 | 453.759 |
| 6632020 | WILDECK | 392.617 | 352.617 | 40.000 | 118.754 | 511.371 |
| | | | | | | |
| 6633000 | LANDKREIS KASSEL | | | | 6.983.068 | 6.983.068 |
| 6633001 | AHNATAL | 611.405 | 549.405 | 62.000 | 224.157 | 835.562 |
| 6633002 | BAD KARLSHAFEN, STADT | 267.092 | 240.092 | 27.000 | 98.762 | 365.854 |
| 6633003 | BAUNATAL, STADT | | | | 734.335 | 734.335 |
| 6633004 | BREUNA | 278.283 | 250.283 | 28.000 | 99.185 | 377.468 |
| 6633005 | CALDEN | | | | 196.709 | 196.709 |
| 6633006 | BAD EMSTAL | 459.561 | 413.561 | 46.000 | 133.415 | 592.976 |
| 6633007 | ESPENAU | 363.806 | 326.806 | 37.000 | 116.871 | 480.677 |
| 6633008 | FULDABRUECK | | | | 319.978 | 319.978 |
| 6633009 | FULDATAL | 952.794 | 856.794 | 96.000 | 282.468 | 1.235.262 |
| 6633010 | GREBENSTEIN, STADT | 474.947 | 426.947 | 48.000 | 131.687 | 606.634 |
| 6633011 | HABICHTSWALD | 369.135 | 332.135 | 37.000 | 119.257 | 488.392 |
| 6633012 | HELSA | 443.639 | 398.639 | 45.000 | 126.885 | 570.524 |
| 6633013 | HOFGEISMAR, STADT | 1.395.720 | 1.255.720 | 140.000 | 448.016 | 1.843.736 |
| 6633014 | IMMENHAUSEN, STADT | 469.452 | 422.452 | 47.000 | 145.204 | 614.656 |
| 6633015 | KAUFUNGEN | | | | 388.853 | 388.853 |
| 6633016 | LIEBENAU, STADT | 266.627 | 239.627 | 27.000 | 94.227 | 360.854 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|--------------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6633017 | LOHFELDEN | | | | 395.678 | 395.678 |
| 6633018 | NAUMBURG, STADT | 383.004 | 344.004 | 39.000 | 121.212 | 504.216 |
| 6633019 | NIESTE | 128.534 | 115.534 | 13.000 | 72.791 | 201.325 |
| 6633020 | NIESTETAL | | | | 342.413 | 342.413 |
| 6633021 | OBERWESER | 254.310 | 228.310 | 26.000 | 94.151 | 348.461 |
| 6633022 | REINHARDSHAGEN | 344.636 | 309.636 | 35.000 | 112.916 | 457.552 |
| 6633023 | SCHAUENBURG | 816.280 | 734.280 | 82.000 | 256.503 | 1.072.783 |
| 6633024 | SOEHREWALD | 373.820 | 335.820 | 38.000 | 117.247 | 491.067 |
| 6633025 | TRENDELBURG, STADT | 414.947 | 372.947 | 42.000 | 120.743 | 535.690 |
| 6633026 | VELLMAR, STADT | 1.632.012 | 1.468.012 | 164.000 | 489.480 | 2.121.492 |
| 6633027 | WAHLSBURG | 191.373 | 171.373 | 20.000 | 79.684 | 271.057 |
| 6633028 | WOLFHAGEN, STADT | 1.103.698 | 992.698 | 111.000 | 411.140 | 1.514.838 |
| 6633029 | ZIERENBERG, STADT | 456.950 | 410.950 | 46.000 | 139.630 | 596.580 |
| | | | | | | |
| 6634000 | SCHWALM-EDER-KREIS | 15.008.056 | 13.507.056 | 1.501.000 | 4.654.504 | 19.662.560 |
| 6634001 | BORKEN (HESSEN), STADT | 1.313.253 | 1.181.253 | 132.000 | 417.665 | 1.730.918 |
| 6634002 | EDERMUENDE | 501.346 | 450.346 | 51.000 | 150.299 | 651.645 |
| 6634003 | FELSBERG, STADT | 867.543 | 780.543 | 87.000 | 264.564 | 1.132.107 |
| 6634004 | FRIELENDORF | 692.521 | 622.521 | 70.000 | 225.329 | 917.850 |
| 6634005 | FRITZLAR, DOM- UND KAISERSTADT | 1.347.957 | 1.212.957 | 135.000 | 437.463 | 1.785.420 |
| 6634006 | GILSERBERG | 259.572 | 233.572 | 26.000 | 93.167 | 352.739 |
| 6634007 | GUDENSBERG, STADT | 754.607 | 678.607 | 76.000 | 244.954 | 999.561 |
| 6634008 | GUXHAGEN | | | | 162.329 | 162.329 |
| 6634009 | HOMBERG (EFZE), KREISSTADT | 1.186.827 | 1.067.827 | 119.000 | 428.183 | 1.615.010 |
| 6634010 | JESBERG | 218.523 | 196.523 | 22.000 | 83.725 | 302.248 |
| 6634011 | KNUELLWALD | 332.017 | 298.017 | 34.000 | 111.068 | 443.085 |
| 6634012 | KOERLE | | | | 132.993 | 132.993 |
| 6634013 | MALSFELD | | | | 142.854 | 142.854 |
| 6634014 | MELSUNGEN, STADT | | | | 615.000 | 615.000 |
| 6634015 | MORSCHEN | 284.195 | 255.195 | 29.000 | 97.506 | 381.701 |
| 6634016 | NEUENTAL | 281.187 | 252.187 | 29.000 | 93.943 | 375.130 |
| 6634017 | NEUKIRCHEN (KNUELL), STADT | 602.706 | 541.706 | 61.000 | 150.518 | 753.224 |
| 6634018 | NIEDENSTEIN, STADT | 361.096 | 324.096 | 37.000 | 120.937 | 482.033 |
| 6634019 | OBERAULA | 267.766 | 240.766 | 27.000 | 93.738 | 361.504 |
| 6634020 | OTTRAU | 216.334 | 194.334 | 22.000 | 82.196 | 298.530 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|-------------------------------|-----------------------------------|--|---------------------------------------|-----------------------------------|---|
| 6634021 | SCHRECKSBACH | 268.556 | 241.556 | 27.000 | 93.682 | 362.238 |
| 6634022 | SCHWALMSTADT, STADT | 1.766.294 | 1.589.294 | 177.000 | 494.134 | 2.260.428 |
| 6634023 | SCHWARZENBORN, STADT | 92.015 | 82.015 | 10.000 | 63.921 | 155.936 |
| 6634024 | SPANGENBERG, LIEBENBACHSTADT | | | | 173.730 | 173.730 |
| 6634025 | WABERN | 546.104 | 491.104 | 55.000 | 150.099 | 696.203 |
| 6634026 | WILLINGSHAUSEN | 395.588 | 355.588 | 40.000 | 118.833 | 514.421 |
| 6634027 | BAD ZWESTEN | 299.454 | 269.454 | 30.000 | 103.338 | 402.792 |
| 6635000 | LANDKREIS WALDECK-FRANKENBERG | 11.841.196 | 10.656.196 | 1.185.000 | 4.232.980 | 16.074.176 |
| 6635001 | ALLENDORF (EDER) | | | | 433.962 | 433.962 |
| 6635002 | BAD AROLSEN, STADT | 1.393.329 | 1.253.329 | 140.000 | 453.184 | 1.846.513 |
| 6635003 | BAD WILDUNGEN, STADT | 1.559.513 | 1.403.513 | 156.000 | 472.634 | 2.032.147 |
| 6635004 | BATTENBERG (EDER), STADT | | | | 521.392 | 521.392 |
| 6635005 | BROMSKIRCHEN | 73.536 | 65.536 | 8.000 | 68.990 | 142.526 |
| 6635006 | BURGWALD | | | | 161.520 | 161.520 |
| 6635007 | DIEMELSEE | 337.727 | 303.727 | 34.000 | 115.831 | 453.558 |
| 6635008 | DIEMELSTADT, STADT | | | | 165.502 | 165.502 |
| 6635009 | EDERTAL | 608.157 | 547.157 | 61.000 | 141.301 | 749.458 |
| 6635010 | FRANKENAU, STADT | 263.161 | 236.161 | 27.000 | 92.447 | 355.608 |
| 6635011 | FRANKENBERG (EDER), STADT | 1.496.010 | 1.346.010 | 150.000 | 485.975 | 1.981.985 |
| 6635012 | GEMUENDEN (WOHRA), STADT | 282.440 | 253.440 | 29.000 | 102.183 | 384.623 |
| 6635013 | HAINA (KLOSTER) | 324.448 | 291.448 | 33.000 | 100.956 | 425.404 |
| 6635014 | HATZFELD (EDER), STADT | | | | 134.105 | 134.105 |
| 6635015 | KORBACH, KREISSTADT | 1.811.738 | 1.629.738 | 182.000 | 558.851 | 2.370.589 |
| 6635016 | LICHTENFELS, STADT | 308.855 | 277.855 | 31.000 | 106.057 | 414.912 |
| 6635017 | ROSENTHAL, STADT | 164.881 | 147.881 | 17.000 | 78.312 | 243.193 |
| 6635018 | TWISTETAL | 353.292 | 317.292 | 36.000 | 111.491 | 464.783 |
| 6635019 | VOEHL | 503.340 | 452.340 | 51.000 | 131.689 | 635.029 |
| 6635020 | VOLKMARSEN, STADT | | | | 188.856 | 188.856 |
| 6635021 | WALDECK, STADT | 551.635 | 495.635 | 56.000 | 146.739 | 698.374 |
| 6635022 | WILLINGEN (UPLAND) | | | | 171.387 | 171.387 |
| 6636000 | WERRA-MEISSNER-KREIS | 8.968.144 | 8.071.144 | 897.000 | 3.594.430 | 12.562.574 |
| 6636001 | BAD SOODEN-ALLENDORF, STADT | 765.799 | 688.799 | 77.000 | 236.305 | 1.002.104 |
| 6636002 | BERKATAL | | | | 113.258 | 113.258 |

| GKZ | Kommunen | Kontingent Bundesprogramm in Euro | Bundeszuschuss nach gewichteten Einwohnern in Euro | Kofinanzierung Bundesprogramm in Euro | Kontingent Landesprogramm in Euro | Gesamtkontingent Landes- und Bundesprogramm in Euro |
|---------|---------------------------|---|---|---|---|--|
| 6636003 | ESCHWEGE, KREISSTADT | 1.748.124 | 1.573.124 | 175.000 | 509.628 | 2.257.752 |
| 6636004 | GROSSALMERODE, STADT | | | | 188.092 | 188.092 |
| 6636005 | HERLESHAUSEN | 229.110 | 206.110 | 23.000 | 88.825 | 317.935 |
| 6636006 | HESSISCH LICHTENAU, STADT | 1.154.484 | 1.038.484 | 116.000 | 406.399 | 1.560.883 |
| 6636007 | MEINHARD | 379.636 | 341.636 | 38.000 | 115.660 | 495.296 |
| 6636008 | MEISSNER | 251.553 | 225.553 | 26.000 | 92.341 | 343.894 |
| 6636009 | NEU-EICHENBERG | 151.639 | 135.639 | 16.000 | 74.141 | 225.780 |
| 6636010 | RINGGAU | 261.925 | 234.925 | 27.000 | 91.677 | 353.602 |
| 6636011 | SONTRA, STADT | 784.709 | 705.709 | 79.000 | 346.374 | 1.131.083 |
| 6636012 | WALDKAPPEL, STADT | 351.274 | 315.274 | 36.000 | 112.086 | 463.360 |
| 6636013 | WANFRIED, STADT | 358.449 | 322.449 | 36.000 | 108.353 | 466.802 |
| 6636014 | WEHRETAL | 409.037 | 368.037 | 41.000 | 120.488 | 529.525 |
| 6636015 | WEISSENBORN | 109.267 | 98.267 | 11.000 | 65.777 | 175.044 |
| 6636016 | WITZENHAUSEN, STADT | 1.365.359 | 1.228.359 | 137.000 | 445.079 | 1.810.438 |
| | | 352.504.500 | 317.138.500 | 35.366.000 | 345.000.000 | 697.504.500 |